

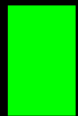
ISSN 2191-9240

Nr. 5

NOE

03/2011

«Я ТВОЙ слуга Я ТВОЙ работник»



Neues Osteuropa

—

Das Onlinejournal
des Kölner Forums für
Geschichte und Kultur Osteuropas

IMPRESSUM

H E R A U S G E B E R

Kölner Forum für Geschichte und Kultur Osteuropas

Verantwortlich: Christoph Schmidt

A N S C H R I F T

Neues Osteuropa – Kölner Forum für Geschichte und Kultur Osteuropas

c/o

Abteilung für Osteuropäische Geschichte

Universität zu Köln

Kringsweg 6

50931 Köln

www.neues-osteuropa.de

gutefrage@neues-osteuropa.de

R E D A K T I O N

Benjamin Naujoks

Nadja Matusche

Klaus Richter

NOE

I S S N 2 1 9 1 - 9 2 4 0

Titeltext: „Die Roboter“, aus dem Album „Die Mensch-Maschine“, © Kraftwerk, 1978.

Titelkonzept: Benjamin Naujoks

Die einzelnen Beiträge geben die Meinung ihrer Autoren wieder.

Alle Rechte an Text und Bild verbleiben bei ihren Urhebern.

I N H A L T 0 3 / 2 0 1 1

E D I T O R I A L

C H R I S T O P H S C H M I D T

Erst Botschaft, dann Bedeutung5

A R T I K E L

B E N J A M I N N A U J O K S

Digitale Liebesgrüße aus Moskau?

Erst Technik, dann Verständnis – zur Semantik des Web 3.08

K L A U S R I C H T E R

Räume, Herrschaft und das Internet.

Von der „Singenden Revolution“ bis zum Arabischen „Frühling“20

C H R I S T O P H S C H M I D T

Ist das Internet pfadabhängig?25

A L E X A N D E R P E R S H Á I

Zur Rolle der elektronischen Medien und

der Oppositionsbewegung in Belarus30

C O R N E L I A S O L D A T

Internet-Ressourcen zur Geschichte Russlands

im frühen Mittelalter37

F O T O E S S A Y

Auf ein kleines Eis in Ljubljana 49

K O N T R O V E R S E

S A S K I A H E R K L O T Z

Smolensk und die Folgen:

Die polnische Debatte gerät zunehmend durcheinander 52

G R E G O R S L O M I N S K I

Smolensk und die Last der Geschichte 60

K R I T I K

*Theaterszene Europa. Ein kroatisch-serbisch-deutsches Festival
an der Studiobühne Köln* 68

Hans-Joachim Veen et al. (Hrsg.):

Die Folgen der Revolution. 20 Jahre nach dem Kommunismus 70

Sammelrezension:

„Rückkehr der Geschichte“ oder „Liberation by Microchip“? 77

C H R I S T O P H S C H M I D T *

Erst Botschaft, dann Bedeutung

Die ganze Phil.-Fak. ist eine Lüge. Richtig oder falsch? Zutreffend allerdings erscheint: Ihre geistigen Grundlagen sind per Klimawandel erodiert. Wer ist denn hier „philosophisch“? Nicht mal die Erinnerung, denn jeder Hausmeister legt mehr Gelassenheit an den Tag als der intrigante Gremienhengst... nebst Fohlen und Stute. Und wo bitteschön geht's zu den „Geisteswissenschaften“? Was war noch damit gemeint? An Herders „Volksgeist“ als dichtendes Kollektiv, der in Liedern und Märchen zum Ausdruck kam, glaubt ja zum Glück keiner mehr. Vor zehn oder fünfzehn Jahren gab man den begrifflichen Notstand immerhin noch zu; seither aber kam der ohnehin schiefe Ersatz „Kulturwissenschaft“ außer Gebrauch. Offenbar scheinen die Katastrophen des 20. Jahrhunderts mit den Begriffen des 19. kaum noch erfassbar zu sein.

Die Mängelliste aber setzt sich fort. Der Glaube an Fortschritt und Emanzipation als öffentlichen Auftrag an alle Hochschulen – wo wurzelt er heute? Haben die Apparatebauer denn nicht längst das Steuer übernommen? Und wie lautet unser übergreifendes Bildungsideal? Au weia, hier kommt's ja knüppelhart! Der BA soll berufsqualifizierend sein - offenbar hat Ausbildung über Bildung obsiegt. In der Tat und jenseits aller Polemik: Ein verbindliches Bildungsziel als heutiger Weg zur Humanität dürfte solange unrealistisch sein, wie es keinen verbindlichen Textkanon gibt. Sich darauf zu verständigen, sind die verehrten Philologen aber längst außerstande. Vielleicht fließt hier auch noch die Kleinigkeit ein, dass die soziokulturellen Grundlagen einer übergreifenden Bildungsidee, die in jeder Stadt fassbare Einheit von Bildung und Besitz, heute kaum noch von sich reden macht. Kleine Buchläden sterben aus und weichen den Ketten. Früher Vielfalt, heute Einfalt? Alles klar?

* Christoph Schmidt ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität zu Köln.

Historisch gesehen war die Rolle der Geisteswissenschaften in Deutschland präzise umrissen. Germanisten und Historikern fiel die Aufgabe zu, der französischen Hegemonie etwas entgegenzusetzen. „Am Anfang war Napoleon,“ wie Nipperdey so schön sagte. Nicht durch Zufall erschien „Des Knaben Wunderhorn“ von Arnim&Brentano anno 1805, als die Franzosen Wien erobert hatten. 1812 schlossen sich Jacob Grimms „Kinder- und Hausmärchen“ an, der Napoleons Bruder Jérôme in Kassel sogar als Privatbibliothekar gedient hatte. Wie Herder gingen die ersten Germanisten allerdings davon aus, der dichtende Volksgeist werde in Deutschland wie in Frankreich von gemeinsamer Humanität getragen.



Noch Sitz im Leben? Oder schon verschlüsselte Bedeutung: Subjektiv, interkulturell, rezeptionsabhängig? – „Sesam, öffne Dich!“

© Christoph Schmidt

1823 zogen die Historiker mit der MGH endlich nach. Wie auch später zu beobachten, schienen die Literaturwissenschaftler regsamer und innovativer zu sein als die Historiker, die der Zwang zur Faktizität oftmals dazu verdammt, flügelahme Nachhut zu sein. Im Kontrast zum frühen 19. Jahrhundert lässt sich der gegenwärtige Jammer der sog. Geisteswissenschaften vielleicht am besten mit den Begriffen (oder Phasen) Botschaft und Bedeutung erfassen. Damals offensichtliche Botschaft, von der politische Relevanz ausging und ein Appell, heute nur noch verschlüsselte Bedeutung,

scheinbar unpolitisch und ohne „Sitz im Leben“, methodisch ungleich differenzierter als in Phase A, jedoch mit einem Rezeptionsproblem belastet. Es war und ist der Hörer, der über Botschaft oder Bedeutung entschied. Durch das Ende der Ideologien haben sich Wissenschaft und Publikum entkoppelt; zurück blieben fachwissenschaftliche Ameisen und Sonntagsredner, die weder Literatur noch Geschichte bemühen, um das Publikum nicht zu befremden.

Das Ende des geisteswissenschaftlichen Zeitalters hat damit auch sein Gutes. Der Abmarsch ins Private schreitet voran. Dennoch ist die Frage, ob die postideologische Welt auf Dauer verstehbar bleibt, wenn die historisch-philologische Methodik ein kümmerliches Nischendasein fristet, nicht länger gebettet auf Rosen, sondern auf Kiefernholz. Wäre der schöne Eichensarg wirklich zu teuer? Derzeit breitet ja ein neuer Hegemon die Flügel aus, ein neues Universum, doppelbödig wie ein Mahagoni-Sekretär mit Geheimschublade, von der kein Mensch weiß, was dort lagert: Liebesbriefe? Ein blutiges Messer? Oder Tabletten gegen ein Erdbeben, wie sie in Lissabon 1755 gehandelt wurden?

Im Grunde ist das Internet ja weit mehr als ein neues Medium, da es vor allem Inhalte liefert. Die allerdings scheinen schwer überschaubar, ebenso seicht wie uferlos, ebenso kommerziell wie vordergründig unpolitisch. Die neue Ausgabe von „Neues Osteuropa“ stellt sich damit in allerbesten geisteswissenschaftlichen Tradition das Ziel, dem neuen Medium auf die Schliche zu kommen. Kritik des Internets ist daher auch Quellenkritik. Anders als Literaturwissenschaftler gehen Historiker dabei jedoch weniger vom Text aus als vom Kontext. Der aber ist und bleibt – politisch. Insbesondere für Osteuropa stellt sich ja die Frage, ob und wie sich das Internet dauerhaft mit undemokratischen Systemen verträgt. Hier eine vorläufige Antwort zu wagen, dürfte ohne Anleihe bei Theorien wie Teilmodernisierung oder Pfadabhängigkeit kaum möglich sein. Auch deshalb ist es an der Zeit, die selbstgewählte Nische zu verlassen. Kiefern oder Eiche, das ist hier die Frage! Da zdravstvuet družba narodov!

B E N J A M I N N A U J O K S *

Digitale Liebesgrüße aus Moskau?

Erst Technik, dann Verständnis – zur Semantik des Web 3.0

Wer glaubt schon an Zufälle? Risikokapitalgesellschaften wie die *Sequoia Capital* sicher nicht. Und so investiert eben jene derzeit in *The Melt* – ein Käsesandwich-Start-Up aus San Francisco, mit vier Filialen und Expansionsambitionen à la Starbucks.¹ Naiv oder vermessen? Weder noch! Denn beide Seiten verstehen ihr Geschäft: *Sequoia Capital* ermöglichte unter anderem heutigen Internetriesen wie *Google*, *Yahoo!* oder auch *YouTube* durch aufwändige Entrepreneurships den Markteinstieg. Und hinter *The Melt* steht Jonathan Kaplan, der 2001 im „Silicon Valley“ *Pure Digital* gründete und mit digitalen Einwegkameras das große Geschäft machte.²

Wie ist es also zu verstehen, wenn sich zwei gewichtige Akteure der IT-Branche darauf verständigen, in eine neue Fast-Food-Kette zu investieren? Wie ist daneben die Meldung zu deuten, dass der IPv6-Testlauf geglückt ist? Hierzu sollte man wissen, dass der scheinbar neue Protokollstandard bereits seit 15 Jahren existiert, allerdings erst jetzt – zwei Monate nach Vergabe der letzten noch offenen Adressräume nach altem IPv4-Standard – umfangreicher, aber längst nicht umfassend getestet wurde.³ Taugt das Internet folglich nicht mehr als Motor für eine neue Blase, für ein Wiedererstarken der New Economy?

Beides ist richtig. Denn die Antwort liegt in der Nutzung des Mediums selbst: sogenannter Online-Content ist – wie Fast-Food – schnelllebig, so schnelllebig wie nie zuvor. Denn mit dem Aufkommen des durch Tim O'Reilly zum beflügelten Wort avancierten Web 2.0 verlagerte sich das Verhältnis von Produzent und Konsument erheblich und damit die Möglichkeiten.

* Benjamin Naujoks studiert Osteuropäische Geschichte, Slavistik und Philosophie an der Universität zu Köln.

Als das Internet laufen lernte: das Web 2.0

Durch die sogenannten Web 2.0-Technologien rückte plötzlich der Nutzer in den Vordergrund, das Sender-Rezipient-Modell hatte ausgedient. Drei Jahre nach dem Platzen der Dotcom-Blase im Jahre 2000 kam allmählich mit dem Web 2.0 ein neuer Begriff in den Sprachgebrauch, welcher ein Jahrzehnt später selbst für seriöse Medienberichterstattung grundlegend werden sollte. Über IT-Kreise hinaus bekannt machte diesen Begriff 2005 Tim O'Reilly mit seinem Artikel „What is Web 2.0?“. Schaut man auf O'Reillys Annahmen, so scheint der Begriff mehr als praktikabel; handelt es sich doch augenscheinlich um mehr als nur eine Fortentwicklung des technisch Bestehenden. Drei Umbrüche bei O'Reilly verdeutlichen diese Zäsur in ihrer Prozessualität sehr anschaulich.⁴

Erstens ist der elementare Unterschied zwischen „Publishing“ im Web 1.0 und der aufkommenden „Participation“ zu nennen. „User Generated Content“ und „Crowdsourcing“ sind aufs engste hiermit verbunden – vom Nutzer selbst erstellter Inhalt (man denke nur an Onlinebewertungen und -rezensionen) hin zur Schwarmintelligenz (Open-Source und Wikipedia).⁵ Der Nutzer wird zum Beiträger, die zeitökonomischen Kosten des Publizierenden werden gesenkt, bestenfalls wird der Besucher zum Innovator. Die gezielte Bündelung des Wissens der Vielen bringt maßgebliche Projekte auf den Weg.⁶

Damit einher geht zum zweiten eine veränderte Sicht auf die Bewertung von Webseiten: waren bisher Besucherzahlen maßgebend („Page Views“), gibt nun der Preis pro Klick („Cost per click“) den Ausschlag.⁷ Das neue Hebelverhältnis dahinter ist radikal verkehrt und zugleich charakteristisch für die gesamte New Economy als globalisierter (Blasen-)Markt. Wie ein Katapult schießt plötzlich der aktive Nutzer/Konsument/Produzent den Preis der jeweiligen Anzeige in die Höhe. Exponentiell steigt der Umsatz also mit der (aktiven) Besucherschar – Hype statt Substanz erzeugt nun Wachstum.

Der dritte Umbruch vollzieht sich eher bei- und zwangsläufig, sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Die bisherige eindeutige Zuordnung des Publizierenden (in „directories“ mittels „taxonomy“) wird abgelöst durch die inzwischen ubiquitäre

„Folksonomy“.⁸ Durch „tagging“ (sprich: Indexierung durch freie Verschlagwortung) ist es im Web 2.0 der am Inhalt maßgeblichen Anteil habende Nutzer, der Inhalte verknüpft und so letztlich vermeintliche Relevanz zu erzeugen vermag. Ganz gleich, ob bei *Flickr* Fotos in Zusammenhänge gebracht oder mit *EndNote* weltweite Medienbestände in gänzlich neue, lediglich einem individuellen Schema folgende und alle bibliothekarischen Standards sprengende Listen überführt oder für lesenswert gehaltene Zeitungsartikel auf *Facebook* mit dem Prädikat „Gefällt mir“ versehen werden – überall dort ist die unsichtbare Hand der „Folksonomy“ am Werk und schafft immerzu neue „Tag-Clouds“.

Cloud 'n' Crowd

Der Begriff der „Cloud“ wird ohnedies zum Mythos. Denn die genutzte Infrastruktur der Web 2.0 scheint in einer riesigen IT-Wolke wundersam verborgen zu liegen. So wird die Neugier der Nutzer geweckt, Soziale Medien wie *Facebook*, *YouTube* oder *twitter* intuitiv und rasch erproben zu können und schließlich steigt die Bereitschaft, persönliche Daten und Vorlieben preiszugeben. Die Simplizität der Netzwerke, gepaart mit dem verbreitet auftretenden und jederzeit verfügbaren Mobil Internet elaboriert umfassende Nutzerprofile. Längst kreiert diese „Cloud“ vermeintlich neue Realitäten wie *Second Life* – mit einer exorbitanten Bevölkerungswachstumsrate und sämtlichen Absurditäten.⁹ Das „Globale Dorf“ („Global Village“) nach McLuhan – längst virtuelle Wirklichkeit.

Soziale Medien treten zudem immer stärker als primär genutztes Kommunikationsmittel hervor, bieten namentlich große Netzwerke doch den Vorzug, mit einer einzigen Nachricht potentiell alle Interessierten (mal heißen diese „Freunde“, mal „Follower“) und darüber hinaus für den Sender nicht mehr ersichtliche Zweige des Netzwerkes („Freundesfreunde“ nach dem Schneeballprinzip) zu erreichen. Das Netzwerk ist somit die direkteste und schnellste Form der Nachrichten-Verbreitung. E-Mails müssen mühsam weitergeleitet und bei *YouTube* muss für einen bestimmten „Channel“ erst die virtuelle Werbetrommel (über Klicks) gerührt werden.

Als der größte Wurf der „Cloud“ könnte demnach die Möglichkeit gelten, generell alle gängigen Sozialen Medien miteinander zu verknüpfen: der einzelne „Piep“ (der „tweet“), geschrieben in 140 Zeichen von einem Mobiltelefon, findet im großen „Gezwitscher“ (bei *twitter*) exakt seine Empfänger (die „follower“). Dem nicht genug, bringt diesen – ganz im Stile einer braven Brieftaube – die „Cloud“ in den noch größeren Umlauf, insofern dass *Facebook* aus diesem eine neue „Status-Meldung“ anfertigt und diese wiederum in andere Medien rücktransportiert, indem eine „Application“ (beim *iPhone* kurz „App“ genannt) per Signal („Push-Alert“) oder SMS oder aber – fast schon klassisch anmutend – eine E-Mail Auskunft über die neue „Status-Meldung“ (eigentlich ja über den „tweet“) geben. Dass diese E-Mail meist über ein Smartphone gelesen wird, ist eine andere Geschichte...

Per „Cloud“ kommt die „Message“ also zur „Crowd“. Wer wen womit erreicht, ist dabei keine technische Frage mehr, sondern inzwischen eine politische von höchster Brisanz, gilt als ein gewichtiger Anstoß der gegenwärtigen „Arabellion“ doch die „Facebook-Revolution“ in Ägypten.¹⁰ *Facebook* wie auch *twitter* und *YouTube* dienen den überwiegend jungen Demonstranten als Plattform: „We use Facebook to schedule the protests, Twitter to coordinate, and YouTube to tell the world.“¹¹ Was bei der „Crowd“ (als Masse) schlussendlich noch von der „Message“ (gewissermaßen dem Schlachtruf) verbleibt, scheint fraglich. Die kausalen Konturen früherer Umbrüche verschwimmen im digitalen Zeitalter zusehends. Die Revolte wird zum „Event“ der Nutzer, was über ein – für bisherige demokratische Wandel als notwendig erscheinendes – zivilgesellschaftliches Engagement oder gar ein handfestes Programm zunächst nichts auszusagen vermag.¹²

Etablierte Massenmedien versuchen bei solchen Großereignissen inzwischen dennoch auf den vorbei rasenden Zug aufzuspringen. Die einzige Chance besteht dagegen darin, selbst die Techniken der Sozialen Medien zu adaptieren. Bleibt die Reichweite bestenfalls noch gleich (nämlich global), ist die Barriere mit einer Ein-Klick-Anmeldung zu Sozialen Medien deutlich niedriger und meist kostenfrei, was in größerem Maße noch die sogenannte „Usability“ (Benutzerfreundlichkeit) betrifft: Das Handyvideo sticht die Reportage aus! Besonders wegen seiner Schnelligkeit, ist das selbst produzierte Video via *Facebook* oder *YouTube* binnen Sekunden weltweit

verfügbar. Auch lässt sich dieses jederzeit aktualisieren, von der global-virtuellen Gemeinschaft kommentieren oder einfach austauschen.

Heureka ex machina! Auf dem Weg zum Web 3.0

Diese Möglichkeiten des Web 2.0 leiden nichtsdestoweniger an einem ungeheuren Defizit: fehlt jemand zum Verorten der Information, bleibt diese unentdeckt und wertlos. Bisher übernimmt diese Sortier-, Such- und vor allem Aufbereitungsfunktionen für den anglophonen westlichen Raum der Marktführer *Google*, für Russland und den postsowjetischen Raum steht *Yandex* und für den chinesischen Raum *Baidu* zur Verfügung.

Hier kommt das sogenannte „Semantische Web“ ins Spiel, die technische Fortentwicklung der „Semantischen Interoperabilität“. Zusammen mit den – insbesondere – sozialen Merkmalen des Web 2.0 entsteht dergestalt das „Social Semantic Web“ oder kurz: das Web 3.0.¹³ Die Verknüpfung findet hierbei auf technischer Seite statt, nicht primär durch den (inter-)aktiven Nutzer. Dieser wird idealerweise direkt Sinnzusammenhänge präsentiert bekommen. Der „Taxonomy“ (Web 1.0) und dem „Tagging“ (Web 2.0) folgt nun die „Ontology“: semantische Zusammenhänge werden anhand von definierten Charakteristika konstruiert. Die Suchmaschine weicht der Antwortmaschine (auch: „Semantische Suchmaschine“¹⁴) – nicht mehr das Suchen von Informationen steht im Vordergrund, sondern das Finden von Ergebnissen.

Natürliche Sprache ist hierbei das semantische Zauberwort. In ihrer Semantik (Bedeutung) soll diese erkannt, verarbeitet und sinnvolle Ergebnisse zusammenhängend in eben wieder dieser ausgegeben werden. Ein praxisnahes Beispiel sind Navigationssysteme mit Sprachsteuerung. Diese können selbständig Daten wie Verkehrs-/Wetterlage und geographische Koordination in natürliche Sprache verwandeln. Für das Internet bricht dieses Ära erst noch an.

Welch große Schwierigkeiten natürliche Sprache, insbesondere die verschiedenen Alphabete der IT-Branche bereiten, zeigen Domainnamen. Stand für die dotcom-Blase doch noch die englische Domainbezeichnung **.com* für

Unternehmenspräsenzen Pate, steht nun eine digitale Epochenzäsur bevor. Bis 1998 waren weltweit nur acht Domainendungen verfügbar. In den dreizehn Jahren seit Registrierung der ersten Domain (*symbolics.com*) kamen also vergleichsweise nur wenige wie **.gov*, **.edu* oder auch **.org* hinzu. 1998 wurde dann die *Internet Corporation for Assigned Names and Numbers* (ICANN) gegründet, eine gemeinnützige Organisation mit dem Ziel, die sogenannten Top-Level-Domains zu verwalten. Bis 30.09.2009 unterstand die ICANN direkt dem amerikanischen Handelsministerium, am darauf folgenden Tag trat die „Erklärung verbindlicher Vereinbarungen“ („Affirmation of Commitments“) in Kraft, nach welcher fortan unter anderem Vertreter beteiligter Regierungen, Interessengruppen und externe Experten die ICANN auf Dauer in ihrer Arbeit prüfen.¹⁵

Seit Gründung der ICANN stieg die Zahl der Top-Level-Domains auf 22 an, ein Zuwachs um das Dreifache in weiteren dreizehn Jahren. Nicht eingerechnet sind hierbei ca. 250 länderspezifische Domainbezeichnungen wie **.de*. Einige „Country Codes“ (CC) sind außerdem noch in Gebrauch, obgleich sie obsolet geworden sind, beispielsweise die Endung **.su* für die ehemalige Sowjetunion.

Dieser Tage verkündete die ICANN nun, dass bald – theoretisch – unendlich viele Domainbezeichnungen möglich sein werden. Dies ist insofern ein relativer Quantensprung, als dass auf Antrag prinzipiell alle erdenklichen Domainendungen freigegeben werden. „Internetadressen können [...] künftig in fast jedem Wort in fast jeder Sprache enden, sie müssen sich nicht auf lateinische Schriftzeichen beschränken.“¹⁶ Da der Aufwand einer Beantragung – finanziell wie technisch – durch die ICANN bewusst hoch gehalten wird und jede Domainendung nur einmal vergeben werden kann, lohnt sich eine solche Investition vorrangig nur für größere Unternehmen und Organisationen. In einem Ausmaße wie bei **.com* sind Domain-Spekulationen daher nicht zu erwarten, auch wenn Gattungsbegriffe gewinnträchtig erscheinen mögen. Die semantische Barriere, die derweil im Zuge dieser Deregulierung durchbrochen wird, dürfte für die *New Economy* gravierende Folgen zeichnen. Nicht zuletzt sind technische Entscheidungen wie diese gleichsam immer von wirtschaftspolitischem Gewicht.

Im Westen: Golden Gate und „Californian Ideology“

Interessant bleibt zum Beispiel abzuwarten, inwiefern sich diese Entscheidung auf die asiatischen Tigerstaaten Südkorea, Taiwan, Singapur und Hong Kong auswirken wird, sind allen vier doch drei Eigenschaften offensichtlich gemein: das kulturelle Element, die ökonomischen Rahmenbedingungen und die geographische Lage. So gilt nicht das lateinische Alphabet, die wirtschaftliche Vehemenz beruht vor allem auf einer Hochtechnologie-Industrie (im tertiären Sektor) und alle liegen an der Ostküste des asiatischen Kontinents.

Von der Ostküste Asiens richtet sich der natürliche Blick stracks gen Nord- und Mittelamerika, während andererseits die kalifornische Küste geradlinig auf Ostasien schaut. Getrennt durch den Nordpazifik und die Datumsgrenze, weisen beide Küsten in den letzten Dekaden eine ähnliche ökonomische Erfolgsgeschichte auf. Während die Tigerstaaten vom zur Industrienation aufgestiegenen Japan angespornt wurden (sogenanntes „Fluggänsemmodell“) und sich seit den 1970er Jahren binnen drei Dekaden rasant von Entwicklungsländern zu Industriestaaten mauserten, keimte bereits Anfang der 1950er Jahre jenseits des Pazifischen Ozeans erneut Goldgräberstimmung auf, als der *Stanford Industrial Park* (heute: *Stanford Research Park*) durch Frederick Terman und William Shockley begründet wurde. Terman war in jener Zeit Professor an der Stanford University und hatte während der Großen Depression im Jahre 1939 bereits seinen beiden Studenten William Hewlett und David Packard zur Gründung von *Hewlett-Packard* (HP) verholfen, welches als der erste Erfolg des späteren „Silicon Valley“ gelten sollte. Shockley bekam seines Zeichens 1956 den Nobelpreis für Physik wegen seiner Verdienste in der Halbleiterforschung und der Entdeckung des Transistoreffekts und zog noch im selben Jahr mit einer eigenen Firmengründung ins Zentrum des Tals, das Anfang der 1970er Jahre unter dem Namen „Silicon Valley“ größere Bekanntheit erlangte.¹⁷

In den kommenden Jahrzehnten stieg das „Silicon Valley“ zum Inbegriff von Hochtechnologie auf: Halbleiter von *Intel*, Software von *Microsoft*, Computer und Smartphones von *Apple*, Internetdienste von *Yahoo!* und von *Google* kennt und nutzt seither die ganze Welt – vielleicht der erste Mythos des digitalen Zeitalters. Dieser basiert größtenteils auf den kreativen Köpfen hinter der Technik, lässt sich doch seit

den 1990er Jahren definitiv von einer „kalifornischen Ideologie“ sprechen.¹⁸

Kalifornien, als eine traditionelle Hochburg der Hippiebewegung (war nach dessen Promotion im Jahre 1950 doch ein gewisser Timothy Leary einige Jahre Professor an der University of Berkeley und prägte Scott McKenzie 1967 mit „San Francisco“ den „Summer of Love“), bot ein politisch äußerst liberales Klima, in dem eine neue Bildungs- und Wirtschaftselite heranreifen konnte. Die Journalisten Barbrook und Cameron fassen es treffend zusammen:

„This new faith has emerged from a bizarre fusion of the cultural bohemianism of San Francisco with the hi-tech industries of Silicon Valley. [T]he Californian Ideology promiscuously combines the free-wheeling spirit of the hippies and the entrepreneurial zeal of the yuppies. This amalgamation of opposites has been achieved through a profound faith in the emancipatory potential of the new information technologies. In the digital utopia, everybody will be both hip and rich.“¹⁹

Wie aber verträgt sich eine politisch liberale bis linke Haltung mit dem boomenden IT-Markt? Auch hier liefern die beiden Autoren eine schlüssige Erklärung:

„The Californian Ideology, therefore, simultaneously reflects the disciplines of market economics and the freedoms of hippie artisanship. This bizarre hybrid is only made possible through a nearly universal belief in technological determinism. Ever since the '60s, liberals – in the social sense of the word – have hoped that the new information technologies would realise their ideals. Responding to the challenge of the New Left, the New Right has resurrected an older form of liberalism: economic liberalism. In place of the collective freedom sought by the hippie radicals, they have championed the liberty of individuals within the marketplace.“²⁰

Der Standort Kalifornien ist also keineswegs akzidentiell für den Erfolg des „Silicon Valley“. Es ist die kalifornische Küstenregion, die „final frontier“²¹ des US-amerikanischen Westens, an der ein ca. 4.000 km² großes²², kreatives „Valley“ entstand, welches den politischen Zentren Washington und New York nicht nur geographisch wie politisch konträr gegenüberliegt, sondern seit Jahrzehnten inzwischen zu den Motoren der US-Wirtschaft zählt.

Im Osten: Goldener Ring und Zentralismus

Ein Gegenkonzept bringt derweil Russland auf den Weg: bis 2015 soll die sogenannte „Innograd“²³, das Innovationszentrum Skolkovo (ИННОВАЦИОННЫЙ центр Сколково), entstehen – mit einem Gesamtbudget von 2,5 bis 3 Milliarden Euro, von welchen der russische Staat bis 2013 annähernd zwei Drittel tragen wird.²⁴ Zwar sind die Anleihen und die Orientierung am wirtschaftlichen Erfolg des „Silicon

Valley“ nicht zu übersehen, doch grundlegend ist Skolkovo der genaue Gegenentwurf: 20 km westlich von Moskau im russischen Kernland gelegen, initiiert durch den nahen Kreml selbst, beauftragte Präsident Medvedev mit Viktor Wechselberg einen Öl-Oligarchen mit der Leitung.

Das Ziel ist klar: in den alten Wettkampf mit den USA wieder einzusteigen und dann das seit dem Zusammenbruch der UdSSR entstandene wissenschaftlich-technologische Defizit nicht nur aufzuholen, sondern den gesamten Weltmarkt anzuführen²⁵ – nicht nur im IT-Bereich, beheimatet „Innograd“ doch künftig des weiteren die Cluster „Biomedical Technologies“, „Nuclear Technology“, „Energy“, „Space Technology“ und einen „Technopark“. Mit diesem, am Reißbrett entworfenen Retortenzentrum kann Russland auf die nächste große Blase warten, die Investitionen wieder einholen und Skolkovo als Vorbild im gesamten Land klonen. Soweit der Plan. Wenn sich denn schon genügend Investoren gefunden hätten.

Zwar ist „Innograd“ offiziell als Sonderwirtschaftszone deklariert – für die ersten zehn Jahre herrscht Freiheit von Abgaben und Steuern, Bürokratie soll weitestgehend vermieden und Korruption gar nicht erst anzutreffen sein –,²⁶ doch wurde erst jüngst das Investitionsklima in Russland auf dem Wirtschaftsforum in St. Petersburg von internationalen Investoren als „unberechenbar“ und „nicht wettbewerbsfähig“ bezeichnet, dem es an Stabilität und „Vorhersehbarkeit“ fehle.²⁷ Aber auch aus Russland selbst kommt Kritik an der Wirtschaftspolitik des Kreml: das sogenannte Leuchtturmprojekt Skolkovo beschwört in vielen der russischen Regionen ein altbekanntes Gefühl der Vergessenheit und der Übervorteilung Moskaus.²⁸

Das zentrale IT-Cluster krankt zudem schon vor dessen Eröffnung an Fachkräftemangel. Daher startete der hinter „Innograd“ stehende Innovationsfonds im Frühjahr diesen Jahres sogar eine Offensive im Silicon Valley, um dort arbeitende russische IT-Spezialisten zu gewinnen. Doch sind wohl verkrustete Hierarchien, schlechtes Salär in einem Dorf unweit der Moskauer Megacity mit kontinentalem Klima keine wirklich überzeugenden Argumente für das russische Pendant, im Vergleich mit risikofreudigen Spekulanten und der Gründerkultur samt dem Lifestyle

der kalifornischen Küste. So bleibt Skolkovo zunächst nur der Griff auf die kreativen Köpfe im eigenen Land.²⁹

Und diese gibt es zweifelsohne, nur folgen sie nicht selten dem Lockruf des Westens³⁰, wie zuletzt medienwirksam Andrej Ternovskij bewies. Mit dem „Roulette Russian“³¹, wie Chatroulette auch genannt wird, hatte Ternovskij das, „wonach sie alle suchen: eine geniale Idee“³². Und diese Idee ist so simpel wie an und für sich rückwärts gewandt: im Chatroulette schaltet ein Zufallsgenerator beliebige Chatkontakte dem Nutzer zu, der Nutzer kann selbst nur über den „Next“-Knopf das Gegenüber wechseln. Im Prinzip ist weder die Videochat-Technologie neu noch das Zufallsprinzip – nur schafft Chatroulette etwas, das im sicheren, geordneten Netz der letzten Dekade verloren ging: nämlich Chaos (wenn auch kontrolliert).³³ Ternovskij steht stellvertretend für eine ganze Generation der „digital natives“ in Russland: Schulschwänzer, Hacker, aus einem nicht gerade regimetreuen Haushalt, kurz: ein Einzelgänger in der russischen Gesellschaft. Nicht hingegen in der globalen: wurde Chatroulette eigentlich erst durch brasilianische Fußballfans populär, die sich jedoch schnell lieber auszogen anstatt tiefgreifende Taktik zu diskutieren. Zudem steht die Serverkapazität von Chatroulette in Frankfurt am Main, die Programmierer sitzen in Weißrussland. Ternovskijs bester Freund (ein Kind russischer Emigranten) sitzt hingegen am anderen Ende der Welt – in West Virginia. So global das Unternehmen Chatroulette, so global denkt Ternovskij: schließlich reist er nach Kalifornien, verhandelt dort mit Investoren und empfindet Russland inzwischen gar als „Exil“.³⁴

Chatroulette ist eine geniale Einzelleistung auf der einen Seite, auf der anderen Seite sind solch beträchtliche staatliche Investitionen wie in Skolkovo wahrlich ein „Roulette Russian“. Denn was fehlt, ist eine substantielle zivilgesellschaftliche Errungenschaft: ein gesellschaftspolitisches Klima der Verantwortung. Nur dann ist der Einzelne bereit, innovative Risiken einzugehen, Zeit und Geld zu investieren. Bisher entlohnt noch am besten das blinde Befolgen eines – korrupten und ausbeutenden – Systems, nicht hingegen eigenes Engagement. Doch gibt es sie natürlich auch so weiterhin, die kreativen Köpfe Russlands: allerdings immer auf dem Absprung! In spätestens fünf Jahren wird alles besser, sagt der Präsident. Klingt nach sowjetischer Ideologie? (Historische) Zufälle gibt es nicht!

- 1 Vgl. <http://www.tagesschau.de/schlusslicht/kaesebrote100.html>, 04.06.2011.
- 2 So stiegen die Umsätze von Pure Digital im Zeitraum von 2003 bis 2008 um annähernd 45 Prozent. Vgl. Hohensee, Matthias, *Mit Einfachkameras zum Markterfolg*, in: Wirtschaftswoche, 24.11.2008, S. 97.
- 3 Kleinz, Torsten, *Netz ist nicht zusammengebrochen*, in: <http://www.taz.de/1/netz/netzgeraete/artikel/1/netz-ist-nicht-zusammengebrochen/>, 10.06.2011.
- 4 O'Reilly, Tim, *What is Web 2.0?*, <http://oreilly.com/pub/a/web2/archive/what-is-web-20.html>, 21.06.2011.
- 5 Axel Bruns führt für dieses Phänomen – in Anlehnung wie Abgrenzung zur „Production“ – den Begriff des „Produsage“ ein. Vgl. Bruns, Axel, *Blogs, Wikipedia, Second Life, and Beyond. From Production to Produsage*, New York, 2008. Hier besonders S. 23, wo es heißt: „These latter occupy a hybrid position of being both users and what in traditional terms would have to be described loosely as producers: they are productive users, or produsers, engaged in the act of produsage.“
- 6 „Allez hopp! Wikipedia versucht, diese Überlegung auf die Produktion des enzyklopädistischen Wissens anzuwenden, wobei sie die dramatische Senkung der Kooperationskosten nutzt, die das Internet mit sich bringt [...]. Anscheinend funktioniert es. Nach einigen fehlgeschlagenen Projekten startet Wikipedia [...] am 15. Januar 2001. Unverzüglich wird sie ein Erfolg, und sechs Jahre danach rangiert sie schon auf Platz acht der meistbesuchten Internetseiten.“ Arias Maldonado, Manuel, *Planet Wikipedia. Eine digitale Enzyklopädie oder ein Spiel um vernetztes Wissen*, in: Lettre 92, S. 43.
- 7 „It bought into the '90s notion that the web was about publishing, not participation; that advertisers, not consumers, ought to call the shots [...] The Web 2.0 lesson: leverage customer-self service and algorithmic data management to reach out to the entire web, to the edges and not just the center, to the long tail and not just the head.“ O'Reilly, *What is Web 2.0?*.
- 8 Vgl. Bruns, *Blogs, Wikipedia, Second Life, and Beyond*, S. 71ff.
- 9 „Das Bevölkerungswachstum im vergangenen halben Jahr [Februar bis August 2007]: 600 Prozent. Die virtuelle Welt von 'Second Life' hat, mit 360 Quadratkilometern, mittlerweile mehr Fläche als München. [...] Die Schwelle zwischen Sein und Schein, zwischen Wirklichkeit und Fiktion ist praktisch eingeebnet. Die Deutschen scheinen sie besonders gern zu überschreiten: Sie stellen, nach den Amerikanern und den Franzosen, das stärkste Kontingent, und sie gründeten als Erste, was niemand sonst hat: ein Arbeitsamt. Vom Reformstau ist in 'Second Life' keine Spur.“ Casati, Rebecca et al., *Alles im Wunderland*, in: Der Spiegel 8/2007, S. 151f. Zum Vergleich: die realen Höchstwerte unter den jährlichen Wachstumsraten betragen in den seltensten Fällen mehr als 3%.
- 10 Hamann, Götz und Heuser, Uwe Jean, *Facebook und die Macht*, in: Die Zeit 18/2011, 28.04.2011, online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2011/18/Facebook-Wahlkampfhelder/>, wo es zu den Gefahren durch Soziale Medien weiter heißt: „Facebook besitzt daher die gleiche Ambivalenz wie alle Kommunikationsriesen: Es kann Instrument der Befreiung sein – und der Manipulation. Insofern war es eher erstaunlich, wie lange die USA und Europa gewartet haben, politischen Druck auf Facebook auszuüben und die Dienste des Unternehmens stärker zu regulieren.“
- 11 Howard, Philip N., *The Arab Spring's Cascading Effects*, in: Miller-McCune, 23.02.2011, online verfügbar unter: <http://www.miller-mccune.com/politics/the-cascading-effects-of-the-arab-spring-28575/>.
- 12 Freeland, Chrystia, *Lessons From Central Europe for the Arab Spring*, in: International Herald Tribune, 17.06.2011, online verfügbar unter: <http://www.nytimes.com/2011/06/17/world/europe/17iht-letter17.html>.
- 13 Vgl. Tolksdorf, Robert, *Web 3.0 – die Dimension der Zukunft*, in: Tagesspiegel, 31.08.2007, online verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/web-3-0-die-dimension-der-zukunft/1028324.html>.
- 14 Siehe hierzu die Semantische Suchmaschine „WolframAlpha“ unter <http://www.wolframalpha.com/>.
- 15 Ermert, Monika, *Neues Zeitalter für die Internetverwaltung*, in: Heise Online, 30.09.2009, <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Neue-Zeitrechnung-fuer-die-Internetverwaltung-798333.html>.
- 16 Lindner, Roland, *Eine neue Internetära jenseits von dot.com*, in: FAZ, 21.06.2011, S. 15.

- 17 Zur Geschichte des Silicon Valley siehe: Lécuyer, Christophe, *Making Silicon Valley. Innovation and Growth of High Tech, 1930-1970*, Cambridge, Massachusetts, 2007, ferner: O'Mara, Margaret Pugh, *Cities of knowledge: Cold War science and the search for the next Silicon Valley*, Princeton, 2005.
- 18 Vgl. Thiedeke, Udo, *Von der 'kalifornischen Ideologie' zur 'Folksonomy'*, in: Grell, Petra et al. (Hrsg.), *Neue digitale Kultur- und Bildungsräume*, Wiesbaden, 2010, S. 51-60. Weiter: Barbrook, Richard und Cameron, Andy, *The Californian Ideology*, 1995, online verfügbar unter: http://www.alamut.com/subj/ideologies/pessimism/califIdeo_I.html.
- 19 Barbrook, Cameron, *The Californian Ideology*.
- 20 Ebd.
- 21 Thiedeke, *Von der 'kalifornischen Ideologie' zur 'Folksonomy'*, S. 53.
- 22 Vgl. Elbert, Ralf et al., *Potential of the Southern Hesse/Rhine-Main-Neckar region to develop an information and communication technology cluster. Condensed version*, TU Darmstadt, Darmstadt, 2009, S. 14. Online verfügbar unter: http://www.hessen-it.de/mm/IKT-Studie-Kurzfassung_V4_eng_tcm16-53755.pdf.
- 23 Die offizielle Webseite: <http://www.i-gorod.com/>.
- 24 Vgl. *Kostspielige Ambitionen: Investoren greifen für Skolkowo tief in die Taschen*, RIA Novosti, 25.12.2010, <http://de.rian.ru/business/20101225/257978482.html>.
- 25 Vgl. Quiring, Manfred, *Medwedjew träumt vom russischen Silicon Valley*, in: Welt Online, 03.07.2010, online verfügbar unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article8291448/Medwedjew-traeumt-vom-russischen-Silicon-Valley.html>. Vgl. weiter Bidder, Benjamin, *Die Menschenlotterie*, in: Der Spiegel 09/2010, S. 88f., wo es auf S. 89 heißt: „Medwedew [...] will Amerikas Hegemonie im Cyberspace brechen. Das klingt vermessen, die Marktführer stammen aus den USA. Allein der Wert von Google, Microsoft und Facebook summiert sich auf knapp eine halbe Billion Dollar, das entspricht etwas einem Drittel der Jahresleistung der russischen Volkswirtschaft.“
- 26 Vgl. Willershausen, Florian, *Russlands Silicon Valley soll Investoren locken*, in: Handelsblatt, 29.07.2010, S. 16. Dazu auch Quiring, *Medwedjew träumt vom russischen Silicon Valley*.
- 27 Vgl. [http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=55&tx_ttnews\[tt_news\]=113400&tx_ttnews\[backPid\]=23&cHash=464d19bed76d8680cb2ffb5507136a5](http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=55&tx_ttnews[tt_news]=113400&tx_ttnews[backPid]=23&cHash=464d19bed76d8680cb2ffb5507136a5), 16.06.2011.
- 28 Vgl. Willershausen, *Russlands Silicon Valley soll Investoren locken*.
- 29 Vgl. ders., *Im Silicon Valley Russlands fehlen Fachkräfte*, in: Handelsblatt Online, 11.12.2010, online verfügbar unter: <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/it-medien/im-silicon-valley-russlands-ehlen-fachkraefte/3672558.html>.
- 30 Vgl. Hoare, Stephen, *Russias Students look to the west*, in: Financial Times London, 06.06.2011, S. 13.
- 31 Ioffe, Julia, *Roulette Russian. The teen-ager behind Chatroulette*, in: The New Yorker, 17.05.2010, S. 54ff., online verfügbar unter: http://www.newyorker.com/reporting/2010/05/17/100517fa_fact_ioffe.
- 32 Bidder, *Die Menschenlotterie*, S. 88.
- 33 Vgl. Ioffe, *Roulette Russian*, S. 54ff.
- 34 Vgl. ebd. und dies., *Andrey Ternovskiy on the Future of Chatroulette*, in: The New Yorker Online, 27.10.2010, online verfügbar unter: <http://www.newyorker.com/online/blogs/newsdesk/2010/10/andrey-ternovskiy-on-the-future-of-chatroulette.html>, vgl. weiter Bidder, *Die Menschenlotterie*, S. 88.

KLAUS RICHTER*

Räume, Herrschaft und das Internet.

Von der „Singenden Revolution“ bis zum Arabischen „Frühling“

Anfangs als Sargträger der räumlichen Entfernung gefeiert¹, ist heute das Sprechen über das Internet ohne die Nutzung von Raummetaphern undenkbar: „Die Internetnutzer sind *im weltumspannenden* Netz auf *Datenautobahnen* unterwegs, sie surfen *in den Tiefen* und *Weiten* des Cyberspaces, diesem *global village*, tauschen sich in *Chatrooms* oder elektronischen *Foren* aus, kaufen auf virtuellen *Marktplätzen*, studieren fremde oder errichten eigene *Homepages* usw.“² Wem diese Räume gehören, ist jedoch völlig unklar. Dem Betreiber einer Website? Dem Staat, dessen Länderkürzel sie tragen? Den Nutzern? In diesem Essay wird von der Annahme ausgegangen, dass virtuelle Räume wie physische Räume Möglichkeiten der Aneignung unterworfen sind, und zwar sowohl durch Nutzer wie durch staatliche Akteure – und dass somit ihre Zugehörigkeit zwischen eben diesen beiden Gruppen ständig neu verhandelt wird. Revolutionäre Situationen, die immer auch ein Kampf um Kommunikationsressourcen sind, scheinen für eine Untersuchung dieser (friedlichen oder gewalttätigen) Aushandlungen besonders geeignet.

Als erste „Medienrebellion“, deren Ausgang in hohem Maße von der Nutzung der Neuen Medien bestimmt wurde, gilt die „Orangene Revolution“ in der Ukraine. Da sich Fernsehen und Radio fast vollständig unter staatlicher Kontrolle befanden, erlebte das Internet als Informationsquelle im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen vom November 2004 einen plötzlichen Aufschwung. Von einem Massenmedium weit entfernt, profitierte es von der sträflichen Vernachlässigung durch das Kučma-Regime, das ihm kaum Bedeutung beimaß. So wurde es fast ausschließlich zum Medium der Opposition.³

* Klaus Richter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Antisemitismusforschung im Forschungskolleg „Antisemitismus in Europa 1879-1914“.

Einer Leserschaft der unabhängigen Internetplattformen von gerade mal 3-4% der Bevölkerung lässt zunächst an ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Revolution zweifeln. Während der Wahlen verdoppelte sich die Leserschaft jedoch binnen kürzester Zeit auf 8%.⁴ Die Internet-Plattform *Ukrajinska Pravda* wurde im Laufe der Revolution zur meistgelesenen Publikation nicht nur des Internets, sondern überhaupt. Die im Vergleich zu Westeuropa zwar niedrigen Leserzahlen machten den großen Unterschied zu Serbien und Georgien aus, wo bei den Revolutionen von 2000 und 2003 das Internet kaum eine Rolle gespielt hatte.⁵ Die Opposition konnte das Internet nur bedingt als Massenmedium nutzen, profitierte aber davon, dass es kaum staatlichen Zugriff auf das Netz gab. Oppositionelle druckten Online-Artikel aus und verteilten sie nach *Samizdat*-Methode unter Freunden und Verwandten. Teils wurden die Artikel in der regionalen, unabhängigen Presse nachgedruckt. Zu ausländischen Nachrichtenagenturen bestand direkter Kontakt durch das Internet.

Eigentlich begann erst in der Folge der Revolution die Entwicklung staatlicher Strategien zur Aneignung virtueller Räume. So genannte *second generation controls* funktionieren gleichzeitig auf legislativer Ebene – in Form von Verleumdungsgesetzen oder Klagen wegen „Volksverhetzung“ – und auf elektronischer Ebene in Form von *Distributed-Denial-of-Service-Angriffe*, die auf die Überlastung elektronischer Infrastruktur abzielen.⁶ Erfahrung staatlicher Akteure im Kampf gegen Online-Pornographie floss vielerorts in die Entwicklung von Instrumenten zur Internetzensur politischer Inhalte ein.⁷ Insbesondere in Russland wird mithilfe der *third generation controls* – Maßnahmen, die weniger der Beschränkung des Internetzugangs dienen, als vielmehr der Etablierung einer staatlichen Konkurrenz zu den unabhängigen Inhalten im Internet dienen sollen – die langfristige Schaffung von *national cyberzones* angestrebt.⁸ Der kanadische Politikwissenschaftler Ronald J. Deibert warnt vor staatlichen Versuchen, „Inseln nationaler Zensur innerhalb des globalen Informationsflusses abzustecken“⁹. Die Aneignung virtueller Räume durch staatliche Akteure geschieht also durch eine Nationalisierung des Internets.

Die Raffinesse, mit der das passiert, ist nicht zuletzt von der Dringlichkeit der Situation und der Offenheit des Staates abhängig. In Ägypten erreichte die Nutzung sozialer Netzwerke und Blogs 2011 einen Entwicklungsgrad, dem das Regime nichts entgegenzusetzen hatte. Die Regime in Ägypten, Syrien und Libyen, die weder quantitativ noch qualitativ mit den Demonstranten um virtuelle Räume konkurrieren können, schalteten das Internet daher zeitweise kurzerhand ab.¹⁰ Im Ausland wurden diese Schritte scharf kritisiert, wie z.B. durch die US-Außenministerin Clinton:

„In manchen Kreisen gibt es eine Debatte darüber, ob das Internet eine Kraft der Befreiung oder der Unterdrückung ist. Aber wie die Ereignisse im Iran, in Ägypten und woanders gezeigt haben, geht die Debatte am Kern der Sache vorbei. Das Internet ist nicht gut oder schlecht. Es ist beides. Es ist keins von beidem. Wichtig ist, was die Menschen, die online gehen, darin tun.“¹¹

Den Hintergrund für diese in ihrem Erkenntniswert begrenzte Aussage dürften nicht zuletzt amerikanische Bestrebungen darstellen, im Bedarfsfall virtuelle Räume abzuschalten. Ein *kill switch*, dessen Einrichtung vom US-Senat diskutiert wird, soll im Fall eines Cyber-Angriffs Teile des Internets abschalten. Sollte dies nicht durchsetzbar sein, könnte das Internet in den USA vollständig nationalisiert werden und somit quasi zu einem Intranet (einem so genannten *walled garden*) werden, auf das außerhalb des Landes nicht mehr zugegriffen werden kann.¹²

Beruhigend für staatliche Akteure dürfte aber sein, dass eine Aneignung virtueller Räume ohne die Aneignung physikalischer Räume noch kein herrschendes Regime gestürzt hat. Entscheidend für den Erfolg der „Orangen Revolution“ war nicht zuletzt das tagelange Ausharren der Demonstranten bei winterlichen Temperaturen auf dem Majdan. Das Ringen Oppositioneller und Mubarak-Unterstützer um den Tahrir-Platz wurde zum Symbol der Revolution in Ägypten, Benghazi zum Sinnbild eines anderen Libyens. Und in Syrien droht die Armee, die eine aufständische Stadt nach der anderen mit brutaler Gewalt zurückerobert, die Revolution zu ersticken. Sowohl im Fall von Syrien als auch von Libyen wird erst die Zukunft zeigen, wie viel elektronische, kommunikationstechnologische Raffinesse im Angesicht eines rücksichtslosen Einsatzes von Maschinengewehrfeuer und Panzern wert ist.

Ein Blick weiter zurück lohnt sich, in eine Zeit, in der kommunikative Räume noch mit immobilien physikalischen Räumen wie Funkstationen und Zeitungsredaktionen korrelierten. „The New World Order [...] was shot dead in the streets of Vilnius on Jan. 13, 1991“¹³ schrieb die *New York Times*, nachdem die Besetzung des Fernsehturms durch das sowjetische Militär 14 Todesopfer unter den Demonstranten für die Unabhängigkeit Litauens gekostet hatte. Was wie ein weiterer blutiger Schritt zur Besetzung der litauischen Kommunikationslandschaft aussah (an den Vortagen waren bereits die Zeitungsredaktionen gestürmt worden), markierte jedoch ganz im Gegenteil den Anfang vom Ende des sowjetischen Repressionsapparates. In Kaunas funkten die Sender der Unabhängigkeitsaktivisten unbehelligt weiter. Ein Oberst der dort stationierten 10.000 „Rotarmisten“ behauptete einige Tage nach dem „Blutsonntag“ trotzig: „Hätte es sich um einen echten Putsch gehandelt, dann hätten wir den ganzen Ort hier in 15 Minuten eingenommen [...]. Diese Barrikaden sind keine Hindernisse für uns. Und wir wissen, wo die Fernsehstation ist.“¹⁴ Doch die Räume, die die Funktechnologie der Demonstranten beherbergten, waren physische Räume, und ihre Aneignung wäre nur durch weiteres Blutvergießen möglich gewesen. Das scheute die sowjetische Führung nach dem Debakel am Fernsehturm jedoch – ein Präzedenzfall. Die „Singende Revolution“ führte so nicht nur die baltischen Staaten in die Unabhängigkeit, sondern initiierte den Zerfall der Sowjetunion.

1 Cairncross, Frances, *The Death of Distance. How the Communications Revolution Will Change Our Lives*, Boston, 1997. Noonan, Douglas S., *Internet Decentralization, Feedback, and Self-Organization*, in: Baden, John A. und Noonan, Douglas S. (Hrsg.): *Managing the Commons*, Bloomington, 1998, S. 188-194.

2 Budke, Alexandra et al., *Internet, Raum und Gesellschaft. Zur Untersuchung eines dynamischen Verhältnisses*, in: dies. et al. (Hrsg.), *Internetgeographien. Beobachtungen zum Verhältnis von Internet, Raum und Gesellschaft*, Wiesbaden, 2004, S. 9-22, hier S. 12.

3 Prytula, Olena, *The Ukrainian Media Rebellion*, in: Åslund, Anders und McFaul, Michael (Hrsg.), *Revolution in Orange. The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough*, Washington, 2006, S. 103-124, hier S. 108 und S. 122. Noch ein Jahr zuvor, bei der „Nelkenrevolution“ in Georgien, hatte das Internet kaum eine Rolle gespielt. McFaul, Michael, *Conclusion. The Orange Revolution in a Comparative Perspective*, in: Åslund und McFaul (Hrsg.), *Revolution in Orange*, 2006, S. 165-196, hier S. 178.

4 Prytula, *The Ukrainian Media Rebellion*, 2006, S. 108, S. 113, S. 117.

5 McFaul, Michael, *Conclusion. The Orange Revolution in a Comparative Perspective*, in: Åslund und McFaul (Hrsg.), *Revolution in Orange*, 2006, S. 165-196, hier S. 178.

6 Als *first generation controls* bezeichnen Deibert und Rohozinski Strategien der Denunziation von Besuchern illegaler Websites, beispielsweise durch Internetcafé-Besitzer. Deibert, Ronald und Rohozinski, Rafael, *Control and subversion in Russian cyberspace*, in: dies. (Hrsg.), *Access*

- controlled. The shaping of power, rights, and rule in cyberspace*, Cambridge, 2010, S. 15-34, hier S. 24.
- 7 Scott Beattie spricht bezüglich des Kampfes gegen Online-Pornographie von einer „Angst vor unkontrollierten Räumen“. Beattie, Scott, *Community, space and online censorship. Regulating Pornotopia*, Farnham, 2009, S. 11.
 - 8 Das gängige Instrumentarium der *third generation controls* umfasst die Etablierung eines breiten regierungstreuen Informationsangebots, das in Konkurrenz zu unabhängigen Blogs, Tweets usw. tritt, sowie die Formierung so genannter *patriotic hackers*, die beispielsweise im russischen Fall 2007 estländische Websites mit *Denial-of-service*-Angriffen überzogen. Deibert und Rohozinski, *Control and subversion in Russian Cyberspace*, 2010, S. 27.
 - 9 Deibert, Ronald J., *Black code redux. Censorship, surveillance, and the militarization of cyberspace*, in: Boler, Megan (Hrsg.), *Digital media and democracy. Tactics in hard times*, Cambridge, 2008, S. 137-164.
 - 10 Komplette Abschaltungen des Internets erfordern je nach Anzahl der Anbieter im Lande einen hohen Aufwand. Im Fall von Ägypten versorgten nur fünf Provider fast das gesamte Netzwerk, was eine Abschaltung erleichterte. *Economist* vom 10. Februar 2011.
 - 11 Daithi Hanluain: U.S. allocates \$30 billion for Internet freedom, *Mobiledia* vom 15. Februar 2011 [<http://www.mobiledia.com/news/82088.html>].
 - 12 *Zeit Online* bemüht diesbezüglich die Raummetapher der drohenden „Balkanisierung des Netzes“. *Zeit Online* vom 16. Juni 2011, S. 3 [<http://pdf.zeit.de/2011/25/USA-Internet-Kontrolle.pdf>].
 - 13 *New York Times* vom 15. Januar 1991.
 - 14 *New York Times* vom 19. Januar 1991.

C H R I S T O P H S C H M I D T *

Ist das Internet pfadabhängig?

Derzeit wetteifern zwei Konzepte miteinander, um den Wandel Osteuropas nach dem Ende der Sowjetunion zu erklären. Teilmodernisierung läuft auf den Versuch hinaus, wirtschaftliches Wachstum zu benutzen, um politische Stagnation zu übertünchen. Dieser Versuch ist keineswegs neu und brachte Weltreiche zum Einsturz, das zarische wie das sowjetische, die beide bemüht waren, Fabriken zu eröffnen, echte Parlamente aber zu schliessen. Die brutale Modernisierung unter Stalin seit 1928, Zwangskollektivierung und Fünfjahresplan, stellt im Grunde nur das Extrem einer solchen Entwicklung dar, bei der Wünsche nach politischer Partizipation im Terror erstickt wurden.

Als das wirtschaftliche Wachstum in den letzten Jahren der Sowjetunion jedoch nachließ und Wünsche nach politischer Beteiligung wieder erwachten, zeigte sich das System überfordert und brach zusammen. Das Konzept der Teilmodernisierung war damit an seine Grenzen gestoßen – und dennoch schiffte sich Putin abermals auf diesem Dampfer ein. Die Erlöse aus dem Rohstoffverkauf an den Westen dienen ihm dazu, sich im Innern Stillschweigen zu erkaufen. An dieser Stelle kommt damit das zweite Erklärungsmodell zum Tragen, das Pfadabhängigkeit behauptet. Diese Annahme besagt, dass nach dem Zusammenbruch des Sozialismus kein Vakuum eintrat. Vielmehr bestehen zahlreiche Institutionen fort, formlos und formell, so dass Neuerungen geringen Spielraum vorfinden. In diesem Sinne werden auch zukünftige Prozesse durch vergangene bestimmt.

Putin ist auch deshalb ein so dankbares Beispiel, weil er beide Konzepte zu kombinieren scheint. Je nach dem Kontext können sich beide ja auch widersprechen. An dieser Stelle ergeben sich allerdings zwei Probleme: 1. war das Programm der Teilmodernisierung wie 1991 gesehen ja erfolglos. Ob dieser neuerliche Versuch also einen anderen Ausgang nimmt, bleibt ebenso abzuwarten wie in China. 2. jedoch

* Christoph Schmidt ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität zu Köln.

haben im ehemaligen Ostblock ja durchaus Umbrüche stattgefunden, so die orangene Revolution in der Ukraine 2004 und die Tulpenrevolution in Tiflis 2003. In beiden Fällen, so scheint es, gelang es den heutigen Machthabern jedoch, das Rad anzuhalten oder wieder zurückzudrehen.

In der Ukraine machte der neue Präsident Viktor Janukovič nach seiner Wiederwahl zum Präsidenten am 25.2.2010 wesentliche Errungenschaften der sog. „Revolution“ wieder zunichte, insbesondere durch Entmachtung des Parlaments und durch die neuerliche Orientierung an Moskau. Davon kann in Georgien nach dem Krieg mit Russland vom August 2008 zwar keine Rede sein. Dennoch gebärdet sich Eduard Saakaschwili dort mittlerweile so autokratisch, dass es Ende Mai 2011 in Tiflis sogar zu wütenden Protesten gegen ihn kam. Seit November 2007 richtete sich der Zorn der Demonstranten immer wieder gegen das autoritäre Vorgehen des Präsidenten und gegen die wirtschaftliche Krise. Auch dass es bei Saakaschwilis Wiederwahl 2008 durchweg mit rechten Dingen zugeht, davon waren nicht alle OSZE-Beobachter überzeugt.

Warum war die ukrainische wie georgische Opposition also trotz Internet außerstande, das Rollback zu verhindern? Wird dieses Medium in seiner politischen Bedeutung überschätzt? Im Grunde ist es doch eine Binsenweisheit, dass Kommunikationsfreiheit im Netz eine Beschränkung der Pressefreiheit kompensieren kann. Noch vor wenigen Jahren zählten die Ukraine und Georgien wie die baltischen Länder zu denjenigen früheren Sowjetrepubliken, denen der Systemwechsel anscheinend gelungen war. Nun aber kehren sie ins Lager der Dinosaurier zurück, wo Minsk und Moskau sie charmant erwarten.

An dieser Stelle ergibt sich der Eindruck, das neue Medium sei kontextabhängig. In den USA konnte es bei der Wahl Obamas sehr wohl zur Mobilisierung der Demokraten und insbesondere der Jugend beitragen, nicht aber in Osteuropa, wo andere Bedingungen vorliegen. Offenbar griffen die Umbrüche von 2003 und 2004 nicht tief genug und erfassten weder Wirtschaft noch Gesellschaft, sondern beschränkten sich auf reinen Personalaustausch. In diesem Fall erneuert sich der Status quo entweder per neuerlichen Machtwechsel wie in der Ukraine oder

unter Beibehaltung personeller Kontinuität durch anhaltende Sachzwänge. In beiden Fällen ist die Transformation misslungen.

Ist damit auch die digitale Gemeinschaft gescheitert? Vermutlich schon, nur hatte sie bei Lichte besehen kaum eine Chance. Vier schwerwiegende Gründe sprechen dafür.

1. Weder die Ukraine noch Georgien erlebten die Verschmelzung von Bloggern und politischer Opposition. Dafür kamen die Umbrüche in beiden Ländern zu früh und zu schnell. Auch zum Sturz des Ancien Regime hatten Blogger in Kiev und Tiflis nichts beigetragen. Der entscheidende Impuls kam nicht von unten, sondern von oben aus der politischen Konfrontation innerhalb der politischen Kaste.
2. Beide Länder stehen noch am Anfang der digitalen Revolution. Dies gilt weniger für die großen Städte als für die Provinz und weniger für Georgien als für den Flächenstaat Ukraine, das zweitgrößte europäische Land. Diese Digitalisierung durchzusetzen ist in jungen Ländern wie in Nordafrika weitaus leichter als in überalterten wie der Ukraine, die infolge der Strukturprobleme einen demographischen Rückgang erlebt. Hier ist die Zeit kein natürlicher Verbündeter der Opposition. Wie jede Neuerung erfasst auch das Internet zuerst die Jugend, vollzieht sich also im Generationswechsel. In Deutschland ist ein Viertel der Bevölkerung nicht online und wird es wohl auch nicht mehr, in China zwei Drittel.
3. Für eine Facebook-Revolution mangelt es an wenigen und hervorragenden Zielen. Ethnisch, konfessionell, wirtschaftlich und politisch bildet die Ukraine eher zwei Hälften als ein Ganzes: Die östliche schaut auf Moskau, die westliche zur EU. Diese Teile zusammenzubinden, hatten auch die Politiker nicht geschafft. Nicht durch Zufall kam der eine (Juščenko) aus dem Westen, der andere (Janukovič) aber aus dem Osten. Vor diesem Hintergrund wäre eher zu vermuten, dass eine Graswurzelbewegung via Internet die territoriale Desintegration verstärkt.
4. Spätestens an dieser Stelle zeigt sich die große Schwäche der digitalen Gemeinde. Die neuen Medien reichen wohl dazu aus, um sich zu der und der Zeit auf dem und dem Platz zu verabreden. Was man dort aber ganz genau

will, lässt sich erst dann diskutieren, wenn man das Weltreich des Virtuellen verlassen hat. Organisation kann Programmatik nicht ersetzen. Inhaltliche Diskussionen aber sind nicht die Stärke des Web. Sie erfordern gesicherte Grundlagen, Analyse, Bewertung, Entscheidung und Abstimmung. Von diesen fünf Punkten lässt sich allenfalls der letzte ins Internet verlagern.

Die Frage muss vorerst offen bleiben, ob politischer Raum im klassischen Sinn und Internet überhaupt deckungsgleich sind. Auch hierfür liefert die Ukraine ein geeignetes Beispiel. Für Russland kam der Ukraine immer wieder Pionierfunktion zu. Wesentliche Impulse zur Verwestlichung erreichten das Zarenreich über Lemberg und Kiev. Sollte sich die Ukraine also dauerhaft für Demokratie und EU entscheiden, hätte dieser Weg Bedeutung weit über die Ukraine hinaus. Wie es scheint, hat die Ukraine diese Vorreiterrolle derzeit jedoch eingebüßt. Sowohl für Moskau als auch für Brüssel kam die Rückkehr zur Pfadabhängigkeit einem Bedeutungsverlust der Ukraine gleich. So oder so ähnlich lauten vermutlich die Schicksalsfragen der ukrainischen Politik – und zu deren Diskussion bietet das Internet bestenfalls einen Kommunikationskanal unter vielen.

Im Kern tritt dieses Medium wie alle anderen nur als Multiplikator auf, es verstärkt ohnehin ablaufende Prozesse. Daher kann ein und dasselbe Medium je nach Umfeld unterschiedliche Konsequenzen auslösen: Im Westen kommt das Internet im weitesten Sinne der Zivilgesellschaft zugute. Diese bestand aber auch schon vorher. Innerhalb der westlichen Gesellschaften unterstützt das Internet eine deutliche Autoritätsverlagerung von oben nach unten. Nicht länger sind politische Parteien auch Volksparteien, gestaltende Kraft geht von Politikern in der EU kaum noch aus. Auch Angela Merkel hat es zu keinem Zeitpunkt geschafft, einfach nur „durchzuregieren“. Anders dort, wo die Zivilgesellschaft noch im Aufbau ist wie in der Ukraine oder wie in China, wo sie bislang kaum aus den Startlöchern kam. Facebook ist dort gesperrt – und Google zog 2010 Leine. Hier hat es bislang eher den Anschein, als könne das Internet keinen Beitrag dazu leisten, die Situation zugunsten schneller Demokratisierung zu kippen.

Alles in allem ist das Internet ja nur ein Modernisierungsindikator von vielen. Wenn das demographische Wachstum nachlässt und die Urbanisierung steigt, nimmt auch die online-Quote der Bevölkerung zu. Da sich das Internet zensieren lässt wie jedes andere Medium auch, ist eine unmittelbare Verknüpfung zwischen Demokratisierung und Internet aber nicht stichhaltig. Ein klarer Strukturunterschied im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum tritt zwischen Demokratie und Diktatur erst mittelfristig zutage: Demokratische Systeme erzielen über Jahre hinweg zumeist ein mittleres Wirtschaftswachstum, autoritäre jedoch entweder ein ganz geringes (I) oder ein ganz starkes (II). Dabei hat China den Übergang von I zu II bislang gemeistert, die Sowjetunion jedoch ist auf dem Weg von II zu I kollabiert.

Pfadabhängig oder nicht, im Grunde läuft die Debatte ja darauf hinaus, ob das neue Medium eher den Herrschenden zugute kommt oder den Beherrschten. Die kürzeste Antwort darauf lautet vermutlich: Bestehende Tendenzen werden im Internet verstärkt, mehr aber auch nicht. Die Facebook-Revolution endet, wenn der Toyota-Krieg beginnt... und Revolution ist immer noch auf der Straße.

ALEXANDER PERSHÁI*

*Zur Rolle der elektronischen Medien und
der Oppositionsbewegung in Belarus*

Spricht man von Gesellschaft im „Übergang“, dann werden Internet und elektronische Medien häufig als Allheilmittel gesehen, welche Wahrheit verbreiten und den Unterdrückten eine Stimme geben. Facebooken, Twittern und Bloggen sind angeblich unmöglich zu „bändigen“ und daher in der Lage, Menschen unmittelbar zu informieren und politische Situationen zu verändern. Das trifft auf Menschen zu, die in einer technologiegesteuerten Gesellschaft leben, die sich auf die soziale und kulturelle Infrastruktur elektronischer Medien stützt. Als belarussischer Wissenschaftler, der im akademischen Umfeld Nordamerikas arbeitet, werde ich häufig mit einem Missverständnis konfrontiert: Es wird davon ausgegangen, dass jeder Mensch permanent online ist. Dieser Essay widmet sich dem Widerspruch zwischen dem, was das Internet in „Übergangsgesellschaften“ *wirklich ist* und dem, was westliche Experten *erwarten, was es ist*, sowie damit zusammenhängenden Überlegungen zum Verhältnis von elektronischen Medien und der Oppositionsbewegung in Belarus.

Derzeit wird Belarus häufig aufgrund seiner komplizierten politischen Situation erwähnt und als „letzte Diktatur Europas“ bezeichnet.¹ Viele Menschen sind überrascht, ein ganzes „neues“ Land zu entdecken, „das nicht Russland ist“, mit einer eigenen Kultur, einer eigentümlichen Sprachsituation und alten Traditionen. Belarus muss daher dem westlichen Publikum neu vorgestellt werden. Gleichzeitig muss die übliche normative Rhetorik sowie die Beurteilung von Belarus ausschließlich auf Grundlage der derzeitigen politischen Situation vermieden werden. Dies gilt insbesondere für die Zeit nach den vierten Präsidentschaftswahlen vom 19. Dezember 2010, als bis zu 30.000 Menschen auf die Straßen der Hauptstadt Minsk gingen (einige Quellen nennen deutlich höhere Zahlen), um gegen die Wahlergebnisse zu protestieren. Die Polizei ging mit brutaler Härte vor und sperrte Hunderte, wenn

* Alexander Persháí ist Doktorand an der Trent University in Kanada.

nicht gar Tausende Demonstranten ein.² Die gängige Analyse der Gewalt als Ausdruck eines Mangels an Demokratie und Meinungsfreiheit – eine Interpretation, die häufig als Erklärung für jegliche politischen und soziokulturellen Prozesse im Lande herhalten muss – lenkt von der Komplexität der Probleme ab, die den Ereignissen zugrunde liegen. Gesellschaftliche und kulturelle Kräfte müssen untersucht werden, die zur derzeitigen Lage in Belarus beigetragen haben. Die Kontroverse über die elektronischen Medien ist eine solche Kraft.

Seit dem 1. September 2010 unterliegt das Internet in Belarus der Zensur. Die neuen staatlichen Bestimmungen sollen die Verbreitung von Material beschränken, das Extremismus, den Handel mit Waffen, Sprengsätzen, giftigen Stoffe und Drogen, Menschenhandel und illegale Einwanderung sowie die Verbreitung pornographischen Materials fördert und/oder zu Grausamkeit, Gewalt und anderen gesetzlich untersagten Handlungen aufruft.³ Noch ist unklar, wie die Zensurgesetze den Internetzugang in Belarus beeinflussen werden. Blogger und Online-Journalisten erwähnen, dass manche Websites in Belarus unzugänglich sind und der Besuch von Internet Cafés um nahezu die Hälfte gesunken ist.⁴

Auch die neuesten Ereignisse zeigen, dass das belarussische Internet kein „freier“ Raum ist. Am 11. April 2011 explodierte ein Sprengsatz in der Minsker U-Bahn-Station Kastryčnickaja. Das belarussische Internet füllte sich sofort mit Meldungen aller Art. Am folgenden Tag wurden drei Menschen vom Belarussischen Staatsicherheitsrat (*Gossekretariat Soveta bezopasnosti Belarusi*) verhaftet und der „Verbreitung provozierender Gerüchte sowie der Propagierung von Panik in Minsk“⁵ beschuldigt. Es gab Mitteilungen und Kommentare, dass die Explosion lediglich der Auftakt zu weiteren terroristischen Angriffen sei. Hier soll nicht beurteilt werden, ob diese Nachrichten falsch waren; wichtig ist, dass das belarussische Internet überwacht wird. Wer seine Meinung online zum Ausdruck bringt, dem drohen Bußgelder.⁶

Zwei unabhängige belarussische Zeitungen, *Naša Niva* und *Narodnaja Volja*, wurden beschuldigt, die gesetzlichen Bestimmungen „Bezüglich der Massenmedien“ verletzt zu haben. Beide Zeitungen hatten Kommentare über eine U-Bahn-

Explosionen veröffentlicht, die das Ereignis mit der belarussischen Regierung und dem Geheimdienst in Verbindung brachten. Die belarussische Philosophin und Medienaktivisten Olga Šparaga bemerkt, dass in diesem Fall Meinungsäußerung selbst zum Verbrechen wird, was einem Verbot des (freien) Denkens in Belarus gleich käme.⁷ Das könnte drastische Auswirkungen auf die Nutzung elektronischer Medien durch die Menschen in Belarus haben.

Dennoch bleibt das Internet vermutlich der einzige Ort, an dem die Menschen politische Angelegenheiten diskutieren können, wie die belarussische Wissenschaftlerin Elena Gapova feststellt:

„Neue elektronische Medien sowie weitere Internetquellen (Blogs, Live-Journal Posts oder Websites) haben eine besondere Bedeutung in Belarus, wo manche Veröffentlichungen und sogar persönliche Äußerungen aufgrund der staatlichen Zensur ausschließlich im Cyberspace getätigt werden können.“⁸

Unter dem autoritären Regime Lukašenkas sind die Publikation und Verbreitung unabhängiger Medien unerwünscht. Die Registrierung unabhängiger – das heißt zumeist oppositioneller – pro-belarussischer Zeitschriften ist schwierig; ihre Verbreitung durch die staatliche Kette von Buchhandlungen und Zeitungskiosks *Belsajuzdruk* – die einzige „autorisierte“ Pressekette des Landes – ist verboten. Daher veröffentlichen die meisten unabhängigen intellektuellen Zeitschriften und Bücher ihre Inhalte kostenfrei online.

Viele Autoren, die in den unabhängigen Online-Periodika veröffentlichen, teilen nicht dieselbe intellektuelle Ansicht, ihre Essays werden jedoch häufig in mehreren E-Zines veröffentlicht, um sicherzustellen, dass ihr Werk ein größtmögliches Publikum anspricht. Es ist jedoch zweifelhaft, inwiefern diese Online-Debatten und Communities „einfache“ Belarussen erreichen, die das Internet als ein kostspieliges Gut erachten, das nicht jedem zur Verfügung steht. Vermutlich nutzen außer jungen Menschen und Studenten sowie der städtischen Intelligencija und Büroangestellten nur wenige das Internet.

Bloggen scheint die beliebteste Art zu sein, politische, kulturelle und gesellschaftliche Angelegenheiten zu diskutieren. Belarussisches Blogging korreliert aber nicht unbedingt mit den Erwartungen gegenüber ähnlichen Netzdiensten im

Westen. Gebloggt wird in erster Linie auf *LiveJournal* – einem Internetportal und Sozialen Netzwerk, das ursprünglich als persönliches Online-Tagebuch angelegt war und in Nordamerika deutlich weniger populär ist als z.B. *Facebook*. Der belarussische Blogger und Netzjournalist Budzimir beschreibt die Spezifika des belarussischen Bloggens wie folgt:

„Ein echter Blogger erstellt ein normales [d.h. nicht zu *LiveJournal* gehörendes – A. P.], unabhängiges Blog, dessen Inhalt mit allen aktuellen Web 2.0 Diensten verbunden wird und ein größtmögliches Publikum erreichen will. Er [der Blogger] lädt Fotos in Flickr oder Picasa hoch, er macht politische Agitation auf Facebook, indem er Gruppen gründet, und er veröffentlicht Aphorismen auf Twitter. All das wird mit seinem Blog zusammengeschlossen und bringt ihm mehr und mehr Leser.“⁹

Enttäuscht stellt Budzimir fest, dass kaum jemand in Belarus weiß, wie RSS und andere *Wordpress*-Dienste genutzt werden. Vor allem aber seien belarussische Blogger langweilig und größtenteils mit Online-Grabenkämpfen beschäftigt.¹⁰ Das trifft zu: Nach einer längeren Lektüre der *LiveJournal*-Blogs fällt auf, dass die Journale entlang politischer Linien getrennt sind. Häufig brechen zwischen verschiedenen Intellektuellen Oppositionsgruppen „Cyber Wars“ aus, deren Schwerpunkt eher darauf liegt, die „gegnerische“ Seite zu beleidigen als auf die den politischen Kontroversen zugrunde liegenden Ereignisse hinzuweisen.

Das Bloggen auf *LiveJournal* ist zu einem mächtigen Teil der öffentlichen Medien in Belarus wie im post-sowjetischen Raum insgesamt geworden. Ursprünglich für private Blogs geschaffen, wurde *LiveJournal* zu einem „Spielplatz für Intellektuelle“¹¹. Die russischen Wissenschaftler Karina Alexanjan und Olessia Kolcova stellen fest:

„Als die Nutzerbasis größer wurde, begannen mehr Journalisten, Schriftsteller, politische Kommentatoren, Künstler, Musiker und andere ‚Trendsetter‘, in ihre [*LiveJournals*] Reihen einzutreten. Ihre Blogs waren eher öffentlich als privat und hatten somit die Funktion von Online-Veröffentlichungen und Artikeln über kulturelle und professionelle Themen, mit Tausenden von Freunden/Lesern, die den Autoren nicht persönlich bekannt waren.“¹²

Das gleiche gilt für Belarus: In erster Linie Intellektuelle und Oppositionelle sowie Personen des öffentlichen Lebens haben einen *LiveJournal*-Zugang, den sie nicht nutzen, um ihrer Sorge über den Zustand der belarussischen Kultur, Gesellschaft und des Nationalismus Ausdruck zu verleihen, sondern eher für Eigenwerbung oder für die Ankündigung von Veranstaltungen, öffentlichen

Versammlungen usw. Gleichzeitig wäre es falsch, *LiveJournal* ausschließlich als politisierten öffentlichen Raum zu betrachten. Der belarussische Medienwissenschaftlicher Aleksej Krivolap stellt fest, dass sich Blogger und Online-Communities in vielen Fällen gar nicht am politischen Diskurs beteiligen:

„Die lokalen Communities, die auf dem territorialen Prinzip basieren [...] sind meistens entpolitisiert oder ignorieren den politischen Prozess. Die [*LiveJournal*] Community ‚grodnó‘ nahm die Wahlen gar nicht erst wahr, sondern konzentrierte all ihre Aufmerksamkeit auf Informationen über die Zerstörung der historischen Innenstadt von Hrodna (Grodno im Russischen) durch die Behörden. Es ist auffällig, dass die Wahlen zu den Kommunalräten nicht als ein Werkzeug zur Einflussnahme auf die Geschehnisse in der Stadt erachtet wurden. Diese Kampagnen existierten und existieren noch immer parallel.“¹³

Bezüglich der Rolle des Internet in der Oppositionsbewegung scheinen mehrere Prozesse zeitgleich abzulaufen. Erstens erkennen belarussische Wissenschaftler wie Alexej Krovilap, dass das Mobilisierungspotenzial elektronischer Medien während der politischen Kampagnen in Belarus nicht ausgeschöpft wird; alles bleibt auf der Entwicklungsstufe von *Samizdat* oder elektronischem *Samizdat*.¹⁴ Gleichzeitig haben viele Wissenschaftler die Bedeutung und Effizienz der Internetmedien in der aktuellen politischen Situation in Belarus erkannt und stellen fest, dass das derzeitige politische Regime, das alle Printmedien sowie das Fernsehen im Land kontrolliert, an keiner Art des „offenen Raumes“ interessiert ist. Dadurch erhöht sich die Bedeutung virtueller „Räume“, in denen Politiker, Experten und Bürger einen offenen Dialog führen können.¹⁵

Zweitens scheinen die Online-Communities in Belarus in höchstem Maße ortsgebunden, spezialisiert und potenziellen Gegenstimmen gegenüber feindlich zu sein und daher nicht fähig als gemeinsame, konsolidierende Kraft aufzutreten. Sie stehen in Opposition zum politischen Regime, aber auch in Opposition gegeneinander. Dadurch verlassen viele oppositionelle Botschaften nie einen kleinen Kreis von befreundeten Aktivisten, Bloggern und Kommentatoren.

Drittens sind die Internettechnologien noch nicht zur technologischen „Haut“ der belarussischen Gesellschaft im Sinne McLuhans geworden, der behauptete, dass Technologien in der heutigen (westlichen) Gesellschaft zu Erweiterungen des menschlichen Körpers geworden sind.¹⁶ Denkt man diese Hypothese weiter, dann kann das Internet als Erweiterung der Haut verstanden werden: Es bedeckt den

physischen und psychischen Körper des Menschen permanent von Kopf bis Fuß.¹⁷ Wie bereits erwähnt, brauchen solche durch Technologie „vermittelte“ Transformationen jedoch eine spezielle Art der sozialen und kulturellen Infrastruktur. In Ländern wie Belarus findet dies nicht in dem Maße statt, wie viele Analysten es gerne hätten.

Insgesamt scheint es, dass die Rolle der Internettechnologien in der belarussischen Oppositionsbewegung nicht nur ein Problem politischer oder technologischer Entwicklung ist. Es ist eine kulturelle Angelegenheit. Belarus als „unterentwickeltes“ Land einzustufen, führt in die Irre. Die Internettechnologie ist vorhanden und wird täglich gebraucht, sie wird aber kulturell auf andere Weise genutzt. Sie ist ein Zubehör, keine zweite, soziale „Haut“. Die traditionellen Printmedien wären vielleicht in manchen Kontexten effektiver, da das Internet von großen Teilen der belarussischen Bevölkerung nicht als offenes und fortschrittliches Forum erkannt wird. Es ist von fragwürdigem Nutzen, eine Technologie dort einzuführen, wo sie bereits eine andere Bedeutung erlangt hat.

Ein weiteres Problem ist, dass die belarussischen oppositionellen Aktivisten und politischen Experten sich im Klaren darüber sind, was Internettechnologien in anderen Ländern und kulturellen Kontexten erreichen können. Aufgrund der bruchteilhaften Ausschöpfung des Potenzials elektronischer Medien haben solche Vergleiche und Erwartungen zu Frustration geführt.

Aus dem Englischen übersetzt von Klaus Richter, Berlin.

- 1 Siehe z. B.: Marples, David R., *Europe's last dictatorship. The roots and perspectives of authoritarianism in „White Russia“*, in: *Europe-Asia Studies* 57 (2005), S. 895-908.
- 2 Siehe u. a. den BBC-Bericht über die Ereignisse in Belarus: *Belarus jails 600 activists over election unrest*, BBC Online, 21. Dezember 2010, <http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-12048520>
- 3 Für Einzelheiten siehe u.a. *Full text of Internet censorship regulation released in Belarus*, Charter 97, 6. Juli 2010, <http://www.charter97.org/en/news/2010/7/6/30382/>
- 4 Unter dem Eindruck der Ereignisse vom Dezember 2010 besuchen mittlerweile vermutlich noch einmal deutlich weniger Menschen die Internetcafés. Proudnikova, Olga, *My escho zaplatim za ofiltrovannyi baint*, Naviny.by, 28. August 2010, http://naviny.by/rubrics/computer/2010/8/26/ic_articles_128_170219/
- 5 *V Minske zaderzhano i pomescheno v SIZO troe rasprostraniteley provokatsionnykh slukhov*, Interfax.by, 12. April 2011, <http://interfax.by/news/belarus/90660>
- 6 Der gebürtige Belaruse und Redakteur von Foreign Policy und Boston Review, Evgeny Morozov, denkt diesen Punkt in seinem Buch *The Net Delusion. The Dark Side of Internet Freedom* noch weiter und argumentiert, dass das Internet neben der freien Meinungsäußerung vor allem autoritären Regimen grenzenlose Macht zur Kontrolle ihrer Bevölkerungen verleiht. Morozov, Evgeny, *The Net Delusion. The Dark Side of Internet Freedom*, New York, 2011.
- 7 Shparaga, Olga, *Ot podavleniya svobody smi k zapretu myshleniya v Belarusi*, Novaya Europa, 18. April 2011, http://n-europe.eu/article/2011/04/18/ot_podavleniya_svobody_smi_k_zapretu_myshleniya_v_belarusi
- 8 Gapova, Elena, *Negotiating Belarusian as a 'National Language'*, in: Andrews, Ernest (Hrsg.), *Linguistic Changes in Post-Communist Eastern Europe and Eurasia*, 2008. S. 133.
- 9 Budzimir, *Dze znakhodzitsa itsinnaya belaruskaya blogasfera*, LiveJournal, posting from 13 May 2010, <http://budzimir.livejournal.com/38704.html>
- 10 Ebd.
- 11 Eugene Gorny cited in Alexanyan, Karina und Koltsova, Olessia, *Blogging in Russia Is Not Russian Blogging*, in: Russell, Adrienne und Echchaibi, Nabil (Hrsg.), *International Blogging: Identity, Politics, and Networked Publics*. New York, 2009, S. 72.
- 12 Ebd.
- 13 Krivolap, Aleksei, *Live Journal and a local newspaper in the 2007 local elections*, *Palitychnaya sfera*, Nr. 11 (2008), S. 32.
- 14 Ebd., S. 35.
- 15 Shparaga, Olga, *Belarusskaya fotografiya i konstruirovaniye sovremennosti*, Novaya Europa, 6 February 2009, http://n-europe.eu/article/2009/02/06/belarusskaya_fotografiya_konstruirovaniye_sovremennosti
- 16 Das Rad wird beispielsweise zur Erweiterung des Fußes, das Buch zur Erweiterung des Auges, Elektrizität zur Erweiterung des zentralen Nervensystems und so weiter. McLuhan, Marshall und Fiore, Quentin, *Medium is the Massage. An Inventory of Effects*, Ginko Press, 1996, S. 26-41.
- 17 McLuhan bezeichnete Stoff als Erweiterung der Haut; zieht man jedoch die heutigen Entwicklungen der nordamerikanischen Gesellschaft in Betracht, dann ist es wahrscheinlich, dass er das Internetmedium als solche bezeichnen würde.

C O R N E L I A S O L D A T *

Internet-Ressourcen zur Geschichte Russlands im frühen Mittelalter

Seit Marshall Poe im Jahr 2000 seinen Internetführer für den Russlandhistoriker veröffentlichte,¹ hat sich das Internet doch sehr verändert. Hatte Poe auf seine Anfrage beim Suichindex Altavista auf die Frage nach „Russian History“ noch 6.541 einzelne Seiten erhalten, so ergibt eine Anfrage bei Google nach dem gleichen Schlagwort das Vielfache: 677.000.000 Seiten, die Frage nach „russische Geschichte“ noch knapp 15 Millionen (14.900.000) Einträge. Dies hängt nicht nur damit zusammen, dass das Internet in den vergangenen zehn Jahren „gewachsen“ ist, sondern auch damit, dass Google mit seiner Art der Verschlagwortung die Internetsuche revolutioniert hat. Musste man Internetseiten zu Poes Zeiten noch bei einer Suchmaschine anmelden,² damit sie überhaupt „gefunden“ wurden, nutzt Google bestimmte Programme (Webcrawler), die Links auf Internetseiten weiterverfolgen und die Seiten mittels Suchbegriffen und Schlüsselwörtern selbständig in den Index aufnehmen. Zudem werden die Suchergebnisse nach Relevanz (Linkpopularität) geordnet und angezeigt.

Diese Technologie ermöglicht es heute, auf spezielle Indizierungen und Links im Wesentlichen zu verzichten. Dem Russlandhistoriker kommt außerdem zugute, dass gedruckte Bücher praktisch ohne Copyright als Volltexte ins Internet aufgenommen wurden. Dies ermöglicht die Suche nach Aufsätzen, Büchern und Quellen durch Suche nach einer bestimmten Phrase. Die Suche nach der Phrase „vremennyh let“ (vergangene Jahre) ergibt auf Platz 3 der Google-Ergebnisliste bereits den Volltext der Nestorchronik unter www.hrono.ru ›ДОКУМЕНТЫ XI БЕКА‹ mit Anzeige der ersten Sätze der Chronik. Auch ältere und neuere Zeitschriften und Nachschlagewerke sind von russischen Institutionen wie dem *Puškinskij dom* ins Netz gestellt worden.³

* Cornelia Soldat ist Slavistin und Osteuropahistorikerin mit Schwerpunkt Mittelalter und Frühe Neuzeit und Lehrbeauftragte an der Universität zu Köln.

Das Problem des Russlandhistorikers mit dem Internet beginnt also nicht mehr bei der Zugänglichkeit von Ressourcen. Da die meisten Web-Browser inzwischen auch kyrillische Schlagwörter anzeigen, werden viele Volltext-Ausgaben und bibliographische Angaben inzwischen nebenbei am Schreibtisch gefunden, für die man früher in der Bibliothek lange in Bibliographien lesen musste.

Das Problem des seriös arbeitenden Historikers beginnt da, wo das Internet seine Grenzen hat, nämlich bei der Bewertung von Quellen und deren Gebrauch schließlich bei der Zitierweise. Hier hat es sich eingebürgert, neben Autor, Titel und Jahr der Publikation die Internetadresse und das Datum des Aufrufs anzugeben. Dies ermöglicht es, auch Veränderungen an der Internetseite zu bestimmten Zeiten mit zu berücksichtigen. Bei eingescannten Volltexten unterscheidet sich die Spreu vom Weizen durch die Art der Darstellung. Texte, die das Format des Originals beibehalten, haben normalerweise auch die richtigen Seitenzahlen. Bei anderen Texten hilft dann doch nur der Griff zum Buch, um beim Zitieren auf der richtigen Seite zu sein.

Richtig interessant wird die Arbeit gerade zur Geschichte Russlands im Frühmittelalter jedoch dort, wo nicht nur Texte im Internet stehen, sondern wo Daten in sinnvollen Zusammenhang gebracht werden können. Dies ist im Wesentlichen bei datenbankähnlichen Ressourcen der Fall, von denen hier einige exemplarisch dargestellt werden sollen.

Das Projekt *Berestjannye gramoty* ist Teil eines größeren Projektes, das u.a. PDF-Dateien der russischen Chroniken im Internet zur Verfügung stellt.⁴ Es ist über die URL <http://gramoty.ru/> zu erreichen. Eine Maske gibt die Möglichkeit, in über 1000 Birkenrindeninschriften zu lesen, deren Originale im Wesentlichen im Russischen Historischen Museum (*GIM – Gosudarstvennyj istoričeskij muzej*) liegen. Zusätzlich werden drei einführende Texte der führenden Russischen Forscher zu Birkenrinden, Zaliznjak und Janin als pdfs oder Online-Version zur Verfügung gestellt.

Die Datenbank selbst bietet die Möglichkeit, entweder nach Birkenrindeninschriften aus bestimmten Zeiten von 1050-1500 zu suchen, oder nach Orten, an denen sie gefunden wurden, nach Erhaltungszustand von ganz bis Kurzfragment, sogar nach Genres wie Briefen, Handelsdokumenten, Kirchentexten und ähnlichem zu suchen.

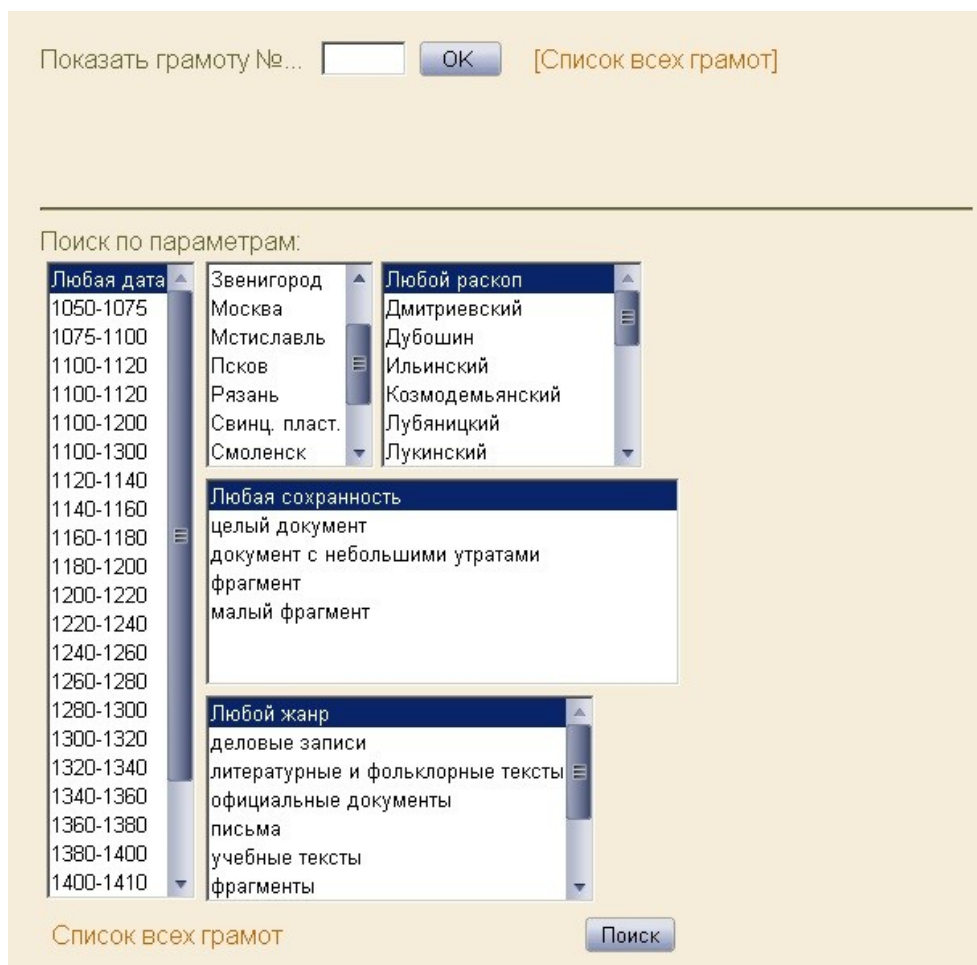


Abbildung 1: Screenshot der Suchfunktionen nach verschiedenen Parametern auf www.gramoty.ru

Der Suchende erhält zum Beispiel die Inschrift Nr. 915. Zu Anfang des Textes erhält er die wichtigsten archäologischen Daten zur Inschrift: Namen der Ausgrabungskampagne und Ort des Fundes, Grundlagen der Datierung, Kurzzinhalt, Erhaltungszustand, schließlich Zugang oder Verweis zu Veröffentlichungen und Aufbewahrungsort. Über einen Link wird die entsprechende Passage in Zaleznjaks „Drevnenovgorodskij dialekt“ – als PDF-Datei geöffnet.

Man erhält aber noch mehr: Nicht nur ein Foto der Original-Birkenrinde, teilweise sogar mit Maßstab versehen, sondern auch eine Transskription der Inschrift. Schließlich kann man sich zwei Arten von Transskription ansehen, einmal ohne, einmal mit eingefügten Leerzeichen zwischen den einzelnen Wörtern. Die Abschrift ist zwar kopierbar, jedoch ohne den Font, der verwendet wurde, und der nicht zur Verfügung gestellt wird, nicht lesbar. Schreibt man allerdings dem Webmaster der Seite eine E-Mail, erhält man den Font umgehend zugeschickt.⁵

Ѡ̄ : ро:жнѣ:та : къ : къ:сна:ти:ноу : въ:за
 лъ : є:си : оу : о:тро:{к}ка : мо:є:го : кы:є:вѣ
 гри:въ:ноу : се:ре:бра : при:сѣ:ли : коу:ны
 о:же : ли : не : при:сѣ:ле:ши то : ти : въ : по:лы

Schließlich gibt es bei einigen der Dokumente die Möglichkeit, eine neurussische Übersetzung einzusehen.



Abbildung 2: Screenshot des Eintrags für die Birkenrinde Nr. 915, erste Hälfte.

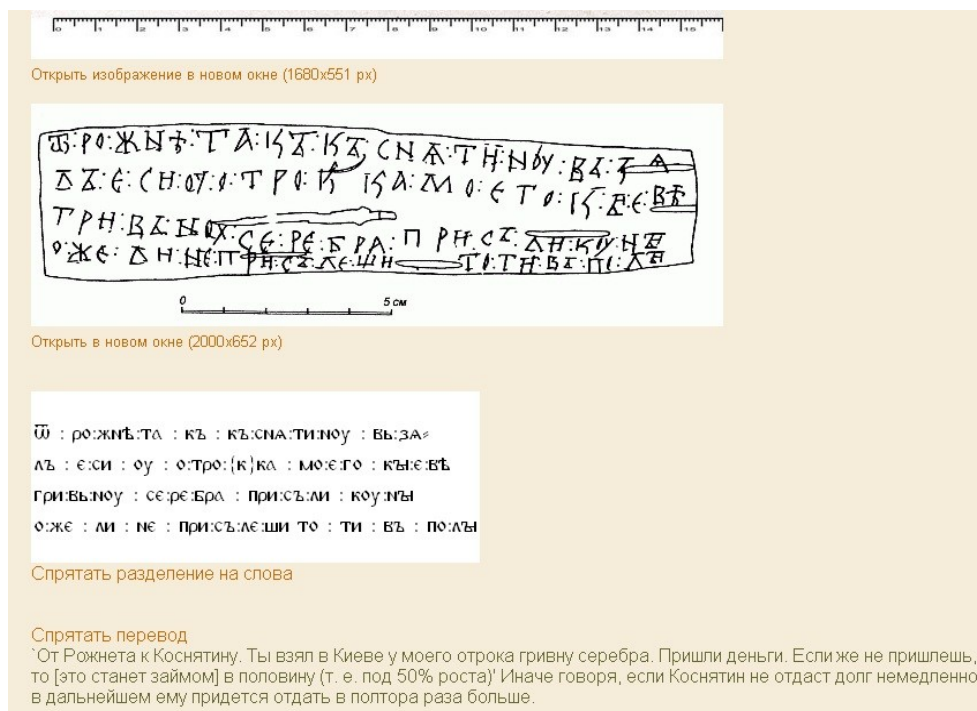


Abbildung 3: Screenshot des Eintrags für Birkenrinde Nr. 915, zweite Hälfte.

Die bereitgestellte Bibliographie umfasst Werke bis einschließlich 2006, wirkt also im Vergleich zu den Ressourcen schon etwas veraltet.

Eine ähnliche Möglichkeit der Suche bietet die Genealogie-Datenbank, die David Birnbaum und Christian Raffensperger für die Kiever Fürsten aufbauen. Diese Datenbank kann über eine Internetseite erreicht werden, die Birnbaum unter <http://clover.slavic.pitt.edu/resources/index.html> für Historiker zusammen stellt. Diese Seite enthält neben PDF-Versionen von David Birnbaums Beiträgen zu Internetressourcen Links zu verschiedenen Internet-Projekten mit Text- und Bild-Sammlungen. Folgt man dem Link zur Genealogie-Datenbank, so erhält man direkten Zugriff auf die XML-basierte Datenbank zur Kiever Genealogie. Die Eingangsseite bietet die Möglichkeit, nach drei verschiedenen Parametern zu suchen: einmal dem Regierungsjahr einer Person, dem Ort oder dem Namen. Ort und Name sind jeweils in Drop-Down-Menüs in alphabetischer Reihenfolge zu sehen.

Mapping History: Using Technology to Showcase Medieval Familial Interconnectivity

[About this site](#) | [Sources](#)

Search by person:

Search by place:

Search by regnal year:

Abbildung 4: Screenshot der Suchseite der Genealogie-Datenbank.

Das gesamte Design der Genealogischen Datenbank ist sehr spartanisch und mutet an, als stamme es aus der Frühzeit des WWW. Sie besteht neben der Seite mit der Suchfunktion aus noch zwei Seiten. Auf der einen wird in Form eines Impressums erklärt, wer die Datenbank erstellt hat. Auf der Seite „Sources“ findet sich eine einfache alphabetische Liste der Werke, die als Quellen für die Genealogie der Kiever Fürsten benutzt wurden. Auch diese Liste ist hochgradig einfach gehalten, Online-Ressourcen sind nicht als Hyperlinks formatiert.

Genealogy references

[Search](#) | [About this site](#)

- Catalogue des Actes d'Henri I-er Roi de France (1031–1060), Frédéric Soehnée, transl., ed. (Paris: Librairie Honoré Champion, 1907).
- Adam of Bremen. The History of the Archbishops of Hamburg-Bremen. Francis J. Tschan, transl. (New York: Columbia University Press, 2002)
- Albert of Stade. Albert of Stade, I. M. Lappenberg, ed., Annales Stadenses auctore M. Alberto, vol. 16, Monumenta Germaniae Historica Scriptores (Hannover: Impensis Bibliopolii Avlici Hahniani, 1859)
- "Albrici Monachi triumfontium chronicon." Scheffer-Boichorst, ed. Monumenta Germaniae Historica Scriptores vol. XXIII, Pertz, ed. (Leipzig: Verlag Karl W. Hiersemann, 1925).
- "The Anglo-Saxon Chronicle" (Everyman Press, London, 1912); accessed online at <http://omacl.org/Anglo/>
- Annalista Saxo. George Pertz, ed., Annalista Saxo, vol. 6, Monumenta Germaniae Historica Scriptores (Hannover: Impensis Bibliopolii Avlici Hahniani, 1844)
- Annals of Ulster (accessed online at: <http://www.ucc.ie/celt/published/T100001A/index.html>).
- Antoine, Archevêque de Novgorod. In Itinéraires Russes en Orient, Ed. B. de Khitrowo (Geneva: Imprimerie Jules-Guillaume Fick, 1889).
- Az Árpádok. Mór Wertner, Az Árpádok családi története (Nagy: 1892).
- Oswald Balzer. Genealogia Piastów. (Cracow: Nakładem Akademii Umiejętności, 1895).
- Baumgarten. N. de Baumgarten, "Généalogies et mariages Occidentaux des Rurikides Russes du X-e au XIII-e siècle," Orientalia Christiana 9, no. 25 (1927)
- N. de Baumgarten, "Pribyslava de Russie," Orientalia Christiana 20, no. 3 (1930).
- Bernold of St. Blasien. "Chronicle" In Eleventh-Century Germany: The Swabian Chronicles. I. S. Robinson, transl. ed. (Manchester: Manchester University Press, 2008).
- Berthold. George Pertz, ed., Bertholdi Annales, vol. 5, Monumenta Germaniae Historica Scriptores (Hannover: Impensis Bibliopolii Avlici Hahniani, 1844)
- Bruno de Bello Saxonico. George Pertz, ed., Bruno de Bello Saxonico, vol. 5, Monumenta Germaniae Historica Scriptores (Hannover: Impensis Bibliopolii Avlici Hahniani, 1844)
- "Capetian Women and the Regency." André Poulet, "Capetian Women and the Regency: The Genesis of a Vocation," in Medieval Queenship, ed. John Carmi Parsons (Gloucestershire: Sutton Publishing, 1994)
- Chronica de gestis Hungarorum. Dezso Dercesnyí, ed., The Hungarian Illuminated Chronicle - Chronica de gestis Hungarorum, (Budapest: Corvina Press, 1969).
- "Chronica Petri comitis Poloniae." in Monumenta Poloniae Historica. Tom 3. (Lwów: W Komisje księgami gubrynowicza I schmidta, 1878).

Abbildung 5: Screenshot der Genealogischen Referenzen der Datenbank.

Bereits aus dieser Offenlegung der Datenquellen ist ersichtlich, dass es sich bei der Datenbank um ein wissenschaftlich fundiertes Projekt handelt, das Historikern einen Überblick über Familienbeziehungen im frühen Mittelalter liefern will. Wie diese Arbeit aussehen kann, haben Raffensberger und Birnbaum in einem Aufsatz dargestellt.⁶ Es soll hier also nur noch darum gehen, die Arbeitsweise mit der Datenbank zu erläutern und ihre Vorteile herauszustellen.

Sucht man in der Datenbank nach dem Regierungsdatum eines Fürsten, z.B. 1076, so erhält man eine Liste, in der europäische Herrscher, die 1076 regierten, mit Titel und Regierungsdaten aufgeführt werden. Da es sich um eine Datenbank Kiever Fürsten handelt, kann man davon ausgehen, dass auch der erste Herrscher in der Liste, Bernhard, Markgraf der sächsischen Nordmark, mit Kiever Fürsten verwandt oder verschwägert war. Sowohl der Name des Herrschers als auch der Regierungsort sind blau unterlegt, was ein Zeichen dafür ist, dass hier weiterführende Informationen zu Person und Regierungsort gegeben werden können, wie dies auch durch die anderen Suchmöglichkeiten (Person oder Ort) suggeriert wird.

Rulers in 1076

[Bernhard](#) (Margrave of Saxon Nordmark, ca. 1009–unknown)

[Boleslaw II "the Bold"](#) (Duke of Poland, 1058–1076)

[Boleslaw II "the Bold"](#) (King of Poland, 1076–1079)

[Gleb Sviatoslavich](#) (Kniaz' of Novgorod, ca. 1071–1078)

[Henry IV](#) (Emperor of the German Empire, 1056–1106)

[Iaroslav Iaropolchich](#) (Kniaz' of Berest'e, unknown–1101)

[Malcolm III](#) (King of Scotland, 1058–1093)

[Philip](#) (King of France, 1058–1108)

[Roman Sviatoslavich](#) (Kniaz' of Tmutorokan', 1073–1079)

[Sviatoslav Iaroslavich](#) (Kniaz' of Kiev, 1073–1076)

[Sviatoslav Iaroslavich](#) (Kniaz' of Chernigov, ca. 1054–ca. 1076)

[Vratislav II](#) (Duke of Bohemia, 1061–1086)

[Vseslav Briacheslavich](#) (Kniaz' of Polotsk, 1071–1101)

[Vsevolod Vladimich](#) (Kniaz' of Vladimir, ca. 0988–unknown)

[New search](#) | [About this site](#)

Abbildung 6: Screenshot der Ergebnisse einer Suche nach Regierungsjahr.

Ob man nun von dieser Seite weiter klickt oder einen der Fürstennamen über die Suchfunktion anklickt, man kommt auf jeden Fall zu einer informativen Seite über einen Herrscher. Diese kann im Falle des Svjatoslav Jaroslavič folgendermaßen aussehen:

Svjatoslav Iaroslavich (b. 1027–d. 1076) ♂ ♀ 🎵

Kniaz' of Vladimir (r. unknown–1054)

Kniaz' of Chernigov (r. ca. 1054–ca. 1076)

Kniaz' of Kiev (r. 1073–1076)

Kilikia (m. ca. 1043)

- Oleg
- Gleb
- David
- Roman

Oda of Stade of the German Empire (m. ca. 1070)

- Iaroslav

[Return to search page](#) | [Sources](#) | [About this site](#)

Abbildung 7: Screenshot der Informationen zu Svjatoslav Jaroslavič.

Wie ersichtlich ist, ermöglicht es die amerikanische Transliteration, Namen ohne Sonderzeichen im Web darzustellen. Die Seite über Svjatoslav Jaroslavič erlaubt einen großen Überblick über seine Familie und seine Regierungszeit. Wir erfahren nicht nur, wann er geboren wurde und wann er starb. Seine Regierungsorte werden mit Daten, soweit ermittelbar, dargestellt. Klickt man auf einen der Ortsnamen, so erhält man eine chronologische Liste von Herrschern in ihrer Regierungsreihenfolge. Schließlich werden mit Heiratsdatum seine Ehefrauen und die aus den Verbindungen entstandenen Kinder dargestellt. Wieder suggeriert die blaue Darstellung, dass man hier über Hyperlinks weiterführende Informationen zu den jeweiligen Personen gelangt. Klickt man einen der Namen an, so gelangt man auf weitere, ähnlich aufgebaute Seiten, auf denen nun der angeklickte Name der Hauptperson weiter verlinkt wird.

Wirklich weiterführend für den Historiker oder die Historikerin sind jedoch die kleinen Ikon-Zeichen hinter dem Namen Svjatoslav Jaroslavičs: ♂, das Zeichen für „Männlich“ führt zum nächsten männlichen Vorfahren Svjatoslavs, in diesem Fall zu Jaroslav „Mudryj“ Vladimirič. ♀ führt zur weiblichen Vorfahrin, der Mutter

Svjatoslavs, Ingigerd von Schweden. Beide Einträge führen wiederum weiter zu Kindern oder Eltern. Das Ikon ♪, das für „Notes – Annotierungen“ steht, führt zu einer PDF-Datei, die nach wissenschaftlichen Standards aufgebaut sämtliche Informationen enthält, die wir nach heutigem Kenntnisstand den von den Autoren benutzten Quellen entnehmen können. URL der Datei ist http://clover.slavic.pitt.edu:8080/exist/genealogy/data/note_sviatoslav-iaroslavich.pdf.

Dass sämtliche Quellen für die Informationen in Fußnoten angegeben wurden, versteht sich schon fast von selbst. Diese Fußnoten sind innerhalb des PDF jedoch auch noch als Querverweise verlinkt, so dass man sie anklicken und die Fußnote direkt lesen kann. Die „Notes“ zeigen die skrupulöse Herangehensweise der Autoren und sind sozusagen das „killer feature“ der gesamten Datenbank. Hier haben uns zwei Historiker viel Arbeit in das Zusammentragen der Fakten nicht nur für die Zeit, sondern auch noch der Fachdiskussion für die entsprechende Person gesteckt, so dass sie dem Fachpublikum eine Basis bieten, von der aus weiter geforscht werden kann. Es ist dieses Feature, das die Datenbank von Raffensperger und Birnbaum so erfolgversprechend und nachahmenswert macht.⁷

Ein weiterer Verweis zu Einzelpersonen ist (noch?) nicht für alle Einträge verfügbar, zeigt sich aber z.B. bei Jaroslav „Mudryj“. Durch ein Kreuz, †, das symbolisch für die graphische Verbindung in Stammbäumen steht, wird ein Stammbaum für die Person angezeigt.

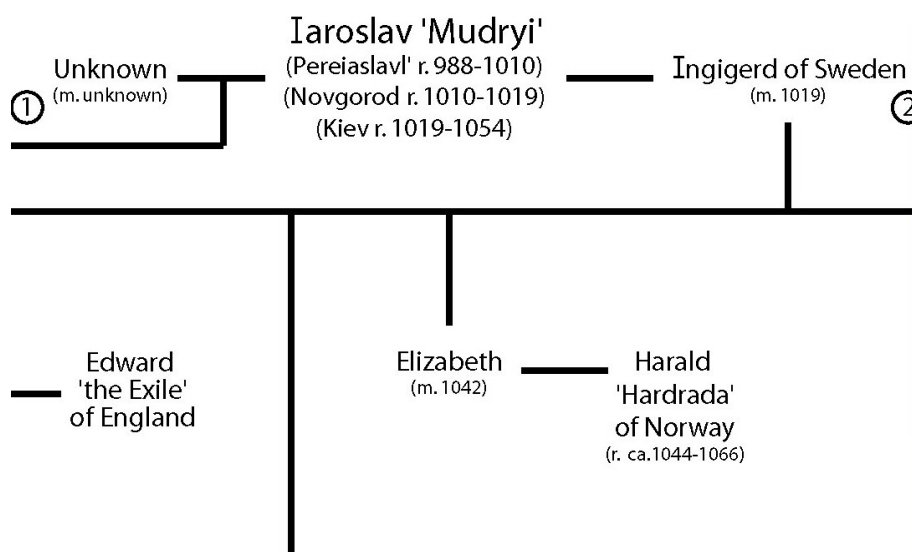


Abbildung 8: Screenshot eines Ausschnittes aus dem Stammbaum Jaroslav Mudryjs.

Der Screenshot macht deutlich, dass es sich hierbei um die am wenigsten ausgereifte Darstellungsart in der Datenbank handelt. Zum einen wird der Stammbaum nicht aus den Verlinkungen innerhalb der Datenbank generiert, sondern als fertige .jpg-Datei geliefert. Das heißt aber auch, dass Änderungen der Forschungslage nicht einfach in den Stammbaum wie in die Datenbank integriert werden können. Zum anderen haben wir ein eklatantes Darstellungsproblem bei normaler Bildschirmgröße in einem Browserfenster. Was also ursprünglich zur besseren Übersicht über die genealogischen Beziehungen gedacht war, ist am Bildschirm unübersichtlich; weder die erste noch die darauffolgenden beiden Generationen sind zu überblicken. Hier wäre es vielleicht doch gut, die Hilfe eines Programmierers in Anspruch zu nehmen, der die Generierung von Stammbäumen anhand der Datenbank möglich macht. Damit wäre Historikern die wissenschaftliche Arbeit weiter erleichtert.

Wie wir sehen konnten, hat das Internet seit der Zeit, in der Marshall Poe zum ersten Mal die Möglichkeiten der Arbeit für Historiker Russlands ausgelotet hat, die Arbeit für Forscher nachhaltig und zum Guten verbessert. Die Arbeit des Osteuropahistorikers im Internet kann weit über die Suche von bibliographischen Angaben, von Literatur und Volltextausgaben nicht nur von Quellen, sondern auch von wissenschaftlichen Zeitschriften und Nachschlagewerken hinaus gehen. Online

zugängliche Datenbanken und verlinkte Quellen sorgen für einen schnelleren Zugriff zu Quellen sowie zur aktuellen Fachliteratur und –diskussion. Die Datenbank der Birkenrindeninschriften sowie die Genealogie-Datenbank von Raffensperger und Birnbaum zeigen einen Weg, wie Historikern ein schneller Zugriff zu Quellen ohne Qualitätsverlust bei der wissenschaftlichen Arbeit ermöglicht werden kann. Sie sind insofern wegweisend für die weitere Entwicklung von Online-Ressourcen für die historischen Wissenschaften.

- 1 Poe, Marshall, *Russian History on the Web. A Guide and Review*, in: *Kritika* 1,2 (2000), S. 337-353.
- 2 Poe, *Russian History on the Web*, S. 399.
- 3 Z. B. das *Slovar' kniznikov i knižnosti drevnej Rusi* unter <http://www.pushkinskijdom.ru/Default.aspx?tabid=2048>, die *Trudy otдела drevnerusskoj literatury* unter <http://www.pushkinskijdom.ru/Default.aspx?tabid=6097> oder die Onlineausgabe der Zeitschrift *Drevnjaja Rus'* unter <http://www.drevnyaya.ru/>.
- 4 <http://www.lrc-lib.ru/> hat u.a. Birkenrindenschriften, russische Chroniken und unter dem Titel *Slavjanskije istočniki* PDF-Dateien der russischen Übersetzung des Jüdischen Krieges, eines Psalters von 1683, des Ostromir-Evangeliums. Der Vorteil dieser Ausgaben liegt auf der Hand: die Texte sind alle nach der Handschrift, bzw. der Original-Buchausgabe zu zitieren. Die im Aufbau befindliche Seite <http://psrl.csu.ru/index.shtml> hat dagegen die entsprechenden Seiten der Chroniken im DJVU-Format, das nicht über den Acrobat Reader, sondern z.B. über IrfanView einsehbar ist. Von stark philologischem Interesse ist die von Don Ostrowski erstellte kritische *Povest'-vremennyh-let*-Seite unter <http://clover.slavic.pitt.edu/pvl/>.
- 5 Der Webmaster versprach außerdem, den Font demnächst auf der Webseite zur Verfügung zu stellen.
- 6 Raffensperger, Christian A. und Birnbaum, David J., *Mapping History. Using Technology to Showcase Medieval Family Interconnectivity*, in: *Russian History* 37 (2010), S. 305-321.
- 7 Eine tschechische Genealogie der Kiever Fürsten bleibt nicht nur auf der Ebene der chronologischen Aufzählung der Großfürsten stehen. Sie ist auch sprachlich bedenklich, werden doch die „Grand princes of Rus“ konsequent als „Great princes“ bezeichnet: <http://genealogy.euweb.cz/russia/>.

*Auf ein kleines Eis in Ljubljana**



* Ein Fotoessay von Christoph Schmidt, Köln.





S A S K I A H E R K L O T Z *

Smolensk und die Folgen: In der polnischen Debatte geraten die Begriffe zunehmend durcheinander

Vor einem Jahr schien die politische Lage in Polen sehr stabil und vorhersehbar: Das Land hatte die weltweite Wirtschaftskrise so gut wie kein anderes EU-Mitglied überstanden. Die Beziehungen Warschaus nach Ost und West – also in erster Linie zu Berlin und Moskau – hatten sich sichtlich verbessert. Die Zustimmung für den amtierenden Präsidenten Lech Kaczyński betrug etwa 30 Prozent, jeder nur denkbare Gegenkandidat der Bürgerplattform konnte im Herbst bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen mit einem sicheren Sieg rechnen. Auch der Premier der Bürgerplattform, Donald Tusk, hatte gute Chancen, bei den Parlamentswahlen im kommenden Jahr als erster Regierungschef seit 1989 das politische Mandat für eine zweite Amtszeit zu erhalten. Der rechtskonservativen *Recht und Gerechtigkeit*, der Partei des Präsidentenbruders Jarosław Kaczyński, schien eine Zukunft als stärkste Oppositionskraft gewiss.

Ein Jahr später stellt sich die politische Situation nicht unbedingt so dar, wie zu erwarten gewesen wäre: der Kandidat der Bürgerplattform hat die Präsidentschaftswahlen gewonnen, aber denkbar knapp. Die Beziehungen Warschaus nach Berlin sind in Ordnung, die nach Moskau aber mehr als angespannt. Auf der politischen Bühne sind zwei neue Parteien aufgetaucht. Das Ergebnis der Parlamentswahlen in einigen Monaten steht in den Sternen.

Dazwischen liegt ein Jahr. Und ein Ereignis, das sich kein Bestseller-Autor auf dem Gebiet des Polit-Thrillers hätte ausdenken können, ohne den Vorwurf mangelnder Glaubwürdigkeit zu hören: Die polnische Regierungsmaschine stürzt in Russland ab. An Bord sind der Präsident und seine Ehefrau, Minister, die gesamte Armee-Führung und zahlreiche Vertreter aus Politik und Gesellschaft. Anlass der

* Saskia Herklotz ist wissenschaftliche Assistentin am Deutschen Historischen Institut (DHI) in Warschau.

Reise ist der 70. Jahrestag des Verbrechens von Katyn. Es gibt keine Überlebenden.

Seit diesem Ereignis ist nichts mehr so, wie es war. Am 10. April 2010 beginnt die neue polnische Zeitrechnung. Nur kurz hatte es den Anschein, als würde die Trauer das Land vereinen. Doch alle, die auf eine Aussöhnung und ein Ende der zum Teil hysterisch überspitzten Konflikte gehofft hatten, wurden schnell enttäuscht. Natürlich war die ganze Angelegenheit von Anfang an hochpolitisch, und besonders von der rechten Opposition wurde sie auch so behandelt. Sehr schnell traten wieder politische Interessen und Überzeugungen in den Vordergrund. Der Flugzeugabsturz in Smolensk räumte mit einigen sicher geglaubten Gewissheiten auf, die politische Lage geriet gewissermaßen außer Kontrolle. Auf einen Schlag wurden in der polnischen Gesellschaft die schlimmsten historischen Erinnerungen und Traumata wieder wach – und damit auch die politischen Ressentiments. Katyn, der „verfluchte“ Ort, kam nicht zur Ruhe. Dass der Staat mit seinen politischen Institutionen und Prozeduren den plötzlichen Verlust zahlreicher Funktionsträger überstand, in einer immer noch jungen Demokratie vielleicht keine Selbstverständlichkeit, das nahm niemand zur Kenntnis. Wieder war das polnische Volk seiner Elite beraubt. Sechshundneunzig Helden ohne Fehl und Tadel waren zu beweinen. Sechshundneunzig Patrioten hatten sich für das Vaterland geopfert. Bald war landauf landab nur noch von Gefallenen, von Märtyrern die Rede. Schon die Entscheidung, den Präsidenten auf dem Wawel in Krakauer zu beerdigen, polarisierte das Land ungemein. Dort lagen die polnischen Könige, Nationaldichter, Exilpräsidenten, der Staatsgründer.

Natürlich stand die Frage nach den Ursachen im Raum. Sehr bald gab es zwei Lager. Es gab die Befürworter einer Verkettung unglücklicher Umstände: schlechtes Wetter, Pilotenfehler, Fehler des Bodenpersonals, mangelnde Organisation, und das alles in einer schwierigen diplomatischen Situation. Und es gab die Befürworter eines Verrats, eines eiskalt geplanten Anschlags, des politisch motivierten Mords: eine Bombenexplosion, die perfide Störung der technischen Instrumente der Maschine, künstlicher Nebel. In Russland geschah schließlich nichts einfach so, durch Zufall – und hatte die russische Regierung nicht allen Grund, einen ungeliebten politischen Gegner aus dem Weg räumen zu wollen? Und hatte die Regierung nicht allen Grund, mit den Russen zu kollaborieren, um die ungeliebte Opposition loszuwerden? Nicht

weniger als die polnische Unabhängigkeit, die polnische Souveränität, die Zukunft des Landes stand auf dem Spiel. So war der Standpunkt in der Angelegenheit Smolensk sehr bald eine Wahl zwischen Wahrheit und Lüge, eine Wahl auf Leben und Tod. An dieser Frage schieden sich nicht nur die Geister, sondern entschied sich bald auch die Frage, wer erstens ein wirklicher Patriot und zweitens ein wahrhaftiger Pole war. Das war die Grundkonstellation für das kommende Jahr. Sehr bald war vom polnisch-polnischen Krieg die Rede.

Die zwei politisch-weltanschaulichen Lager trafen am Ort des Geschehens aufeinander, in der Hauptstadt Warschau vor dem Präsidentenpalast. Hier brannte ein Meer von Grabkerzen, hier standen Tausende, Zehntausende, Hunderttausende Tag und Nacht, um dem Staatsoberhaupt die letzte Ehre zu erweisen. An diesem symbolischen Ort fanden sich Menschen zusammen, um ihrer Trauer und Bestürzung Ausdruck zu verleihen. Was in den ersten Tagen und Wochen naheliegend und natürlich war, verwandelte sich mit der Zeit in eine eigenartig makabre Attraktion. Denn einige blieben – Tage, Wochen, Monate. Man konnte am Wochenende oder abends nach der Arbeit vorbeigehen und nachschauen, was sich so tat. Irgendetwas tat sich immer, auch wenn das manchmal einer gewissen Absurdität nicht entbehrte. Zum 600. Jahrestag der Schlacht von Grunwald bekam der Ausdruck „Kreuzritter“ auf einmal eine ganz neue Bedeutung: von einem Schimpfwort für Deutsche wurde er nun zu einem Schimpfwort für die ewig ausharrenden überzeugten Katholiken. Das zeugte vielleicht irgendwie noch von Humor. Der Schlachtruf „Polen erwache!“ klang in deutschen Ohren dagegen nicht mehr ganz so humorvoll.

Mittelpunkt aller Ereignisse vor dem Präsidentenpalast war ein Kreuz. Die Pfadfinder hatten es in den ersten Tagen nach der Katastrophe errichtet, und es war zum Symbol der Tragödie und der nationalen Trauer geworden. Als die Blumen und die Grabkerzen, die Nationalflaggen mit Trauerflor und die Plakate mit den Bildern der Verstorbenen allmählich verschwanden, blieb das Kreuz. Seine Verteidiger wollten es als Denkmal für die Opfer des Flugzeugabsturzes, vor allem aber als Denkmal für den verstorbenen Präsidenten erhalten. Ein religiöses Symbol aus dem öffentlichen Raum – auch dem denkmalgeschützten öffentlichen Raum eines laizistischen Staates – zu entfernen, war in Polen eine höchst delikate Angelegenheit.

Als das Kreuz schließlich in eine nahegelegene Kirche gebracht wurde, wurden die an der Prozession beteiligten Priester öffentlich ausgepöbeln. Das war in Polen ein unerhörtes Ereignis. Wenig später wurde zur Erinnerung an das Kreuz eine Gedenktafel am Präsidentenpalast angebracht.

Doch auch für ein Land im politischen Umbruch, in fortgesetzter Staatstrauer, im Ausnahmezustand ist ein Jahr eine lange Zeit. Auch nach den Präsidentschaftswahlen sprach der führende Oppositionspolitiker, Jarosław Kaczyński von der Partei *Recht und Gerechtigkeit*, seinen ehemaligen Gegenkandidaten und nun Präsidenten der polnischen Republik, Bronisław Komorowski von der Bürgerplattform, immer nur beim Nachnamen an, da er sein Amt im Grunde widerrechtlich ausübte: Die Regierung mochte demokratisch legitimiert sein, moralisch aber war sie es keineswegs. Auch im Deutschen ergibt Bürgerplattform und Betrügerpartei die gleiche Abkürzung. So herrscht im Land nun ein eigentümliches Triumvirat – es gibt den Präsidenten Bronisław Komorowski, es gibt den Premier Donald Tusk, und es gibt den Präses Jarosław Kaczyński.

Wochenlang schreiben die Zeitungen über nichts anderes als über die Ursachen des Unglücks und die Beerdigungen der Opfer. Erst zum Jahreswandel wandert das Thema langsam in die Lokalseiten ab, und erst das Erdbeben in Japan und die Atomkatastrophe in Fukushima werden es endgültig aus den Schlagzeilen vertreiben. Den Absturz der Präsidentenmaschine untersuchen eine polnische Parlamentskommission, eine russische Luftfahrtkommission, die polnische und die russische Staatsanwaltschaft, sowie eine eigene parlamentarische Untersuchungskommission mit Mitgliedern der *Recht und Gerechtigkeit*. Am 10. eines jeden Monats gibt es Gedenkveranstaltungen vor dem Präsidentenpalast. Im Oktober wird auf dem Warschauer Powązki-Friedhof, wo 28 Opfer des Flugzeugabsturzes beerdigt sind, ein Denkmal eingeweiht. Aber auch die Hinterbliebenen sind zu diesem Zeitpunkt schon ähnlich zerstritten wie die politische Klasse und die ganze Bevölkerung.

Der Jahreswechsel geht mit der Umbenennung von Straßen, Schulen und Rathaussälen vorüber. Sie tragen nun den Namen von Lech Kaczyński. In den Monaten nach der Katastrophe entwickelt sich dieser von einem schwierigen Repräsentanten Polens zu einem Staatsmann ersten Ranges. Nicht nur in Warschau, an vielen Orten wird über die Errichtung von Denkmälern diskutiert – für alle Opfer des Flugzeugabsturzes oder auch, stellvertretend gewissermaßen, für den Präsidenten. Die Diskussionen darum teilen aber nicht nur die große Politik, sondern auch die lokalen Gemeinschaften: Im Februar wird in Świdnica über ein Denkmal für die Opfer des Flugzeugabsturzes diskutiert. Keines der Opfer hatte irgendeine Verbindung zu diesem Ort. Ein Entwurf wird vorgestellt. Zur Gegendemonstration erscheinen um die fünfzig Personen. Die Diskussion vor Ort wird ausdrücklich für ihr inhaltliches Niveau gelobt: Es geht um die Kosten für den Bau, aber auch für die Erhaltung eines solchen Denkmals, um Stadtgestaltung, aber auch um die Zulässigkeit eines „stellvertretenden“ Denkmals für den Präsidenten. Doch im Internet, wo die Einwohner weiter diskutieren, ist von diesem inhaltlichen Niveau wenig geblieben – dort geht es um alles oder nichts: um den verstorbenen Präsidenten und die derzeitige Regierung, um die Polen und die Russen, die Polen und die Deutschen, die Polen und die Juden, Nazis und Kommunisten, Ehre und Vaterland, Patriotismus und die angemessene Form der historischen Erinnerung.

Einige Filme erscheinen. Sie heißen *Brief aus Polen*, *10.04.10*, *Nebel* und *Das Kreuz*, sie werden „mutig“ genannt, weil sie, so heißt es, die „Stimme des Volkes“, die schweigende Masse zu Wort kommen lassen, die der „staatlichen Propaganda“ keinen Glauben schenken. Keiner dieser Filme wird im öffentlichen Fernsehen ausgestrahlt, man bekommt sie nur auf Vorführungen zu sehen, die von neu entstehenden Bürgerinitiativen organisiert werden, als Beilage zu den rechtskonservativen Zeitungen oder im Internet. Vom „Untergrund“ ist nun die Rede, vom „zweiten Umlauf“, durch den diese Filme zu ihren Zuschauern finden. Diese Begriffe wurden in den 1980er Jahren für die Zeitungen und Publikationen der *Solidarność*-Bewegung verwendet, die außerhalb des staatlichen Zensur- und Lizenzsystems erschienen. So findet auch die Pressefreiheit ihren Weg in die öffentliche Debatte. Nach Ansicht des rechten Lagers ist sie natürlich nicht mehr gegeben.

Für den 03. Februar rufen zwei Warschauer Studenten einen „Tag ohne Smolensk“ aus: einen Tag ohne russische Fluglotsen und einen polnischen Luftfahrtgeneral mit Alkohol im Blut, einen Tag ohne Katastrophe, Tragödie, Schuld und Verschwörung. Bald hat die Facebook-Seite der Aktion über 100.000 Fans. Befürworter und Gegner in der Politik melden sich zu Wort, auch diese Angelegenheit wird für die Lagerbildung vereinnahmt – und sei es durch die Frage: Wer steht dahinter? So sagen die Organisatoren die Veranstaltung wieder ab, doch finden sich zahlreiche Nachahmer. Am 03. Februar verteilt schließlich Jan Palikot, Enfant terrible der polnischen Politik, vor der Warschauer Universität Flyer und Aufkleber. Statt schwarzer Aidsschleifen, die als Ausdruck der Staatstrauer getragen wurden, gibt es nun orange Aidsschleifen. Orange ist auch die Farbe von Jan Palikots neugegründeter Partei.

Im März entzündet sich um die Grabkerzen, die die Teilnehmer der monatlichen Gedenkveranstaltungen vor dem Präsidentenpalast entzünden, ein neuer Streit, oder vielmehr deren Beseitigung durch die städtische Müllabfuhr. Die Müllcontainer mit Blumen und noch rauchenden Kerzen werden zum neuen Symbol in diesem Kampf um Symbole und ihre Deutung. Hat nicht auch die kommunistische Macht stets alles daran gesetzt, Blumen und Kerzen, die die Bevölkerung als Zeichen des Widerstands aufstellte, nachts, still und heimlich und so schnell wie möglich zu beseitigen?

Nach einem Jahr schließlich ist selbst die katholische Kirche, in Polen unhinterfragte moralische Instanz, der Meinung, es wäre der Trauer genug und an der Zeit, den Ausnahmezustand zu beenden und zum normalen Leben, zum Alltag zurückzukehren. Wie es scheint, findet diese Aufforderung wenig Gehör. Der 10. April 2011 beschert der polnischen Gesellschaft zwei neue Bürgerbewegungen: Eine trägt den Namen von Lech Kaczyński, die andere nennt sich nach einem der Filme „Die Solidarischen 2010“. Die Feierlichkeiten verlaufen strikt nach Lagern getrennt. An den staatlichen nehmen der Premier, der Präsident und ein Teil der Hinterbliebenen teil. An den anderen der Präses und seine Anhänger. Die Opfer des Flugzeugabsturzes seinen „im Morgengrauen verraten worden“, zitiert er einen berühmten polnischen Dichter. Die Dichterwitwe protestiert. Vor der russischen

Botschaft werden Puppen in Gestalt von Wladimir Putin verbrannt. „Die Regierung vor Gericht!“ wird gefordert, „Weg mit mit den Verrätern!“

Man kann nur spekulieren, wie das letzte Jahr verlaufen wäre, wäre die polnische Tupolew in Frankreich oder Amerika abgestürzt. Es hätte womöglich keine Verschwörungstheorien und Attentatsvorwürfe gegeben, keine Dolchstoßlegenden und kein Blut an den Händen des Premiers. Der polnisch-polnische Krieg ist ein langwieriger Stellungskrieg. Neuerdings ist vom *Kalten Bürgerkrieg* die Rede.



Das Kreuz vor dem Warschauer Präsidentenpalast:
Anfang August (oben) und Ende August (unten) 2011.
© Klaus Richter, Berlin.



G R E G O R S Ł O M I N S K I *

Smolensk und die Last der Geschichte

„Pull up! Pull up! Pull up!“ Immer wieder erschallt die so lautende automatische Aufforderung der Bordinstrumente im Cockpit der polnischen Tu-154, die Maschine endlich hochzuziehen. Immerzu – bis die mechanische Stimme schließlich verstummt. Nicht jedoch, weil der Aufforderung seitens der Piloten entsprochen worden wäre, sondern weil das Flugzeug zu diesem Zeitpunkt bereits am Boden zerschellt ist.

Die Aufzeichnungen der Flugschreiber schildern auf recht eindringliche Weise die letzten Augenblicke des Unglücksfluges vom 10.4.2010¹, bei dem der polnische Präsident Lech Kaczyński sowie 95 weitere Delegationsmitglieder in der Nähe des russischen Smolensk ihr Leben verloren. Im Zuhörer jenes Tondokuments mag dabei der berechtigte Eindruck entstehen, hautnah dem tragischen Geschehen beizuwohnen. Er mag vielleicht auch die Zeitanzeige im Blick haben, in trauriger Gewissheit dessen, dass Stille eintreten wird, wenn 8:41:06 erreicht ist. Dies dürfte aber auch die einzige Gewissheit sein, die aus dem Anhören der Blackbox-Aufzeichnungen resultiert. Ungewiss dagegen bleibt nach wie vor eine abschließende und vollständige Antwort auf die Frage, wie es zu jenem Unglück kommen konnte. Und auch von jener Stille unmittelbar nach dem Aufprall ist nur wenig geblieben. Lauter Streit bestimmt stattdessen das politische Leben in Polen und entzweit seitdem Politik und Gesellschaft. Im Folgenden sollen daher vornehmlich zwei Konfliktlinien in den Blick genommen werden: die innerpolnische sowie die polnisch-russische.

Innerpolnische Konfrontation

Richtig ist zwar, dass der Begriff vom polnisch-polnischen Krieg zuletzt häufig bemüht wird. Falsch wäre hingegen der Eindruck, dass es sich dabei um eine gänzlich neue Erscheinung handeln würde. Die Zerstrittenheit der politischen Klasse Polens

* Gregor Slominski ist Absolvent der Geschichte und Germanistik an der Universität zu Köln.

reicht weit zurück und hat gewissermaßen eine traurige Tradition. Bereits nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1918 standen sich das Lager von Józef Piłsudski und das seines Widersachers Roman Dmowski unversöhnlich gegenüber.² Im Zuge dieser Konfrontation kam es zu blutigen Straßenschlachten und sogar dazu, dass der erste polnische Staatspräsident Gabriel Narutowicz nur wenige Tage nach seinem Amtsantritt von einem fanatischen Anhänger der *Endecja*³ erschossen wurde. Die jahrelange Gegnerschaft der beiden Fraktionen fand schließlich ihren Höhepunkt im Anschluss an Piłsudskis Maiputsch 1926, der auch eine systematische Bekämpfung der Dmowski-Partei einläutete.

Lange zwar liegen diese Geschehnisse nun zurück, doch wird auf beide Protagonisten jener Vorkriegsjahre gerne heute noch Bezug genommen. So auch, als es 2006 bezeichnenderweise während der Amtszeit des damaligen Ministerpräsidenten Jarosław Kaczyński zur Errichtung eines Denkmals für Roman Dmowski kam. Ein fatales Signal – war dieser doch der maßgebliche Repräsentant einer nationalistischen und antisemitischen Strömung gewesen und hatte seinerzeit nicht unmerklich zu einer Destabilisierung des Landes beigetragen. Gerade ihm widmete man nun ein Monument, jedoch nicht einmal in einem versteckten Winkel, sondern an symbolträchtiger Stelle, nämlich in unmittelbarer Nähe der Kanzlei des Regierungschefs. Auf Piłsudski hingegen berief sich erst kürzlich der Historiker Tomasz Nałęcz, Berater von Präsident Bronisław Komorowski in historischen Angelegenheiten, als er feststellte, dass zwischen dem politischen Klima der Anfangsjahre der II. Republik und der gegenwärtigen politischen Situation Parallelen beobachtet werden könnten. Wie einst Piłsudski auf die Anfeindungen seitens der Opposition oftmals besonnen reagiert habe, so tue dies nun auch sein Dienstherr.⁴

Auch Straßen, die Dmowski oder Piłsudski zum Namenspatron haben, sind in Polen nicht selten. So auch der zentrale Piłsudski-Platz in Warschau. Hier fanden am 17.4.2010 die staatlichen Gedenkfeierlichkeiten für die Opfer der Flugzeugkatastrophe statt. Auch das zu diesem Zeitpunkt noch interimistische Staatsoberhaupt Komorowski und Ministerpräsident Donald Tusk richteten mitfühlende Worte an die versammelte Trauergemeinde, erhielten jedoch nahezu keinen Beifall. War die Zurückhaltung der Menge dem traurigen Anlass geschuldet?

War die bedrückte Stimmung nicht angemessen, sein Einverständnis in Form von Applaus zu äußern? Diese Fragen fanden ihre Antwort, als lauter Beifall erklang, im Anschluss an die Ansprache eines ehemaligen Mitarbeiters von Lech Kaczyński. Es schien, als sei das Verharren gegenüber Komorowski und Tusk von einem stillen Vorwurf getragen. Ein Vorwurf, den durchaus lautstark Jarosław Kaczyński in den folgenden Monaten nicht müde wurde zu wiederholen, indem er Premier Tusk die politische Verantwortung an dem Unglück zuwies und Begegnungen mit diesem und mit dem neuen Präsidenten tunlichst zu vermeiden suchte.

Dennoch wäre es wohl nicht redlich, Jarosław Kaczyński nachzusagen, er betrachte Roman Dmowski als sein politisches Vorbild, zumal wir keine eindeutigen Äußerungen kennen, die dies belegen würden. Gewisse programmatische Ähnlichkeiten in den Anschauungen von ND und PiS⁵ und im Politikstil beider Politiker mögen zwar bestehen, doch würde es den Rahmen sprengen diese hier ausführlich zu erörtern. Ob Kaczyński nunmehr heimlich Dmowski nachzueifern versucht, ist jedoch nicht entscheidend. Grundlegender ist der Konflikt der politischen Lager, der die junge Demokratie nach der Unabhängigkeit prägte, und der die abermals junge Demokratie nach dem Zusammenbruch des Kommunismus kennzeichnet. Parallelen lassen sich durchaus beobachten, wenn auch die Akteure andere geworden sind.

So wurde die Abberufung von Premierminister Jan Olszewski 1992 von Anhängern der PiS nachträglich zu einem nahezu rechtswidrigen Akt stilisiert. Ein zweiter Maiputsch, könnte man meinen. Olszewski, der heute gewissermaßen als Mentor für die Kaczyński-Partei fungiert und während seiner Regierungszeit durch eine unversöhnliche Lustrationspolitik⁶ aufgefallen war, musste gehen, weil er Polens Interessen wahrhaft durchsetzen wollte. So suggeriert es jedenfalls ein Dokumentarfilm des PiS-Politikers Jacek Kurski, der seinerzeit auch den Präsidentschaftswahlkampf von Lech Kaczyński geleitet und die verhängnisvolle Lüge, wonach Donald Tusks Großvater Mitglied der Wehrmacht gewesen sei, gestreut hatte. Gerade Olszewski, dem der Ausspruch nachgesagt wird, dass nicht wichtig ist wie, sondern wem Polen sei⁷, wird dabei als Kronzeuge polnischer Interessen in Anspruch genommen.

Die konfliktreichen Auseinandersetzungen nach dem Absturz bei Smolensk können somit als ein weiteres Kapitel im polnisch-polnischen Krieg betrachtet werden. Eine gänzlich neue Entwicklung stellen sie freilich nicht dar, wenn auch zweifelsohne die Intensität besorgniserregend zugenommen hat. Dies verdeutlicht nicht nur die drastische Rhetorik Kaczyńskis und einiger seiner Parteifreunde, sondern auch ein Vorfall, zu dem es im Oktober 2010 in Łódź gekommen war. Dort war ein – dem polizeilichen Vernehmen nach – verwirrter Mann in ein Abgeordnetenbüro der PiS eingedrungen und hatte einen Mitarbeiter getötet und einen weiteren schwer verletzt. Zusätzliche Brisanz gewann die Angelegenheit, nachdem sich herausgestellt hatte, dass der Täter Mitglied der Bürgerplattform (PO)⁸ gewesen war. Schnell wurden Assoziationen zum Mord an Präsident Narutowicz im Jahre 1922 laut – vielfach beschworen von Politikern und Journalisten. Ein prominenter PiS-Politiker tönte gar in die Nachrichtenmikrofone, man habe ja Familien und wolle arbeiten und leben.⁹

Hysterie füllte den politischen Raum. Nachvollziehbar erscheint, dass solche Assoziationen erwachten, weniger jedoch, dass der Versuch unternommen wurde, diese politisch zu instrumentalisieren. Das geradezu von Feindschaft geprägte Verhältnis der beiden größten polnischen Parteien ähnelt zwar der Lagerbildung im Vorkriegspolen, doch bestehen auch erhebliche Unterschiede. Anders als 1922 muss sich der polnische Staat nunmehr keiner äußeren Feinde erwehren und um seine Souveränität fürchten. Er ist verankert innerhalb der Europäischen Staatengemeinschaft und Mitglied der NATO. Freilich ist dies nicht die Sichtweise Jarosław Kaczyńskis. Seine Regierungszeit war schließlich geprägt von antideutschen und antirussischen Ressentiments. Jarosław Kaczyński hat es stets verstanden, in der Bevölkerung virulente Ängste anzusprechen oder gar zu schüren, indem er eine Bedrohungslage zeichnete, wonach Polen fremdbestimmt und einzig seine Partei Garant einer echten Unabhängigkeit sei. Es geht also um nicht weniger als um die polnische Staatlichkeit, die – gerade jetzt – da der polnische Präsident, sein Bruder, umgekommen ist, gefährdet sei. Offizielle Attentatsvorwürfe vermeidet Kaczyński zwar, doch lässt er zwischen den Zeilen deutlich erahnen, wen er für den Absturz verantwortlich macht: die Regierung Tusk im Bunde mit Russland. Etwas ungezwungener äußern sich zuweilen Journalisten der nationalkonservativen Presse,

vornehmlich gruppiert um die Gazeta Polska.

Starken Widerhall findet das Unglück vom 10. April auch in der Bevölkerung. Nachdem zunächst Trauer und Solidarität über Parteigrenzen hinweg ein Bild der Geschlossenheit erzeugt hatten, regt sich nun immer lauter werdender Protest vor allem gegen die politische Instrumentalisierung des Unglücks und den Versuch, Geschichte zu verfälschen. Bereits die Entscheidung, das Präsidentenpaar in der Krakauer Wawel-Kathedrale zu beerdigen, dem nationalen Pantheon, hatte zu ersten Unmutsbekunden geführt. „Santo subito“ skandierten Demonstranten vor dem Palais des Erzbischofs, in ironischer Anspielung auf die nach dem Tode von Papst Johannes Paul II. auf dem Petersplatz erklingenden gleichlautenden Rufe.

Die Begräbnisstätte Lech Kaczyńskis auf dem Wawel suggeriert große Verdienste als Staatsoberhaupt, die von vielen jedoch offen infrage gestellt werden. Nichtsdestotrotz ruht das Präsidentenpaar nun inmitten von Königen und Dichterfürsten, wo noch Generationen von Schulklassen ihre Exkursionen abhalten werden. Werden sie nicht denken: jemand, der hier bestattet worden ist, hat sich um sein Vaterland wirklich verdient gemacht? Es stellt sich die Frage, ob dem tatsächlich so gewesen ist oder ob nicht bloß der Versuch unternommen wurde, einen Mythos zu kreieren. Für Mythen aber birgt die Geschichtswissenschaft nur wenig Raum. Vielmehr gilt es, diese zu dekonstruieren.

Eine polnisch-russische Aussöhnung?

Neben den beschriebenen innerstaatlichen Auswirkungen hat das Unglück bei Smolensk aber auch starke Auswirkungen auf das bilaterale Verhältnis der Nachbarn Polen und Russland entfaltet. Angesichts des Todes und in schwerer Stunde schienen alte Streitigkeiten nicht mehr viel zu gelten. Am Abend des 10.4. umarmte der russische Premier Putin seinen polnischen Amtskollegen Tusk. Eine körperliche Annäherung, wie es sie zwischen Anführern beider Staaten wohl seit den sozialistischen Bruderküssen während der kommunistischen Periode nicht mehr gegeben hatte, und die Hoffnungen weckte auf eine ebenfalls politische Annäherung.

Und tatsächlich gab es Anzeichen, die jene Hoffnung zunächst zu bestätigen schienen: Präsident Medwedew reiste trotz vulkanischen Staubs in der Atmosphäre und den damit einhergehenden Erschwernissen im Flugverkehr zur Beerdigung Lech und Maria Kaczyńskis nach Krakau an. Das russische Fernsehen sendete Andrzej Wajdas Film über das vom sowjetischen NKWD begangene Massaker an zehntausenden polnischen Offizieren in Katyn und an anderen Orten. Im Mai 2010 schließlich bekundete Medwedew in einem Zeitungsinterview, dass es im Zusammenhang mit besagtem Verbrechen zu einer Geschichtsverfälschung gekommen sei, versprach gleichzeitig, dass bisher unter Verschluss gehaltene Dokumente der polnischen Seite übergeben und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden würden.¹⁰ Und auch das russische Parlament, die Duma, verabschiedete ein halbes Jahr später eine Resolution, in welcher an das Massaker von Katyn erinnert und es als Verbrechen Stalins verurteilt wird.¹¹

Doch auf die vielversprechenden Gesten folgte rasch Ernüchterung. Die vom russischen Präsidenten versprochenen Dokumente erwiesen sich als bereits lange zugänglich. Die Übermittlung geriet zur Farce. Und auch die Zusammenarbeit mit dem Zwischenstaatlichen Luftfahrtkomitee (MAK)¹², welches die Ursachen des Absturzes zu klären zur Aufgabe hatte, gestaltete sich schwierig. Immer wieder beklagte die polnische Seite, dass ihr Untersuchungsmaterial nicht gänzlich zugänglich gemacht würde oder sie nicht eigenständig Zeugen verhören dürfte. Auch verzögerte sich die Übermittlung der Flugschreiberprotokolle, wodurch der innenpolitische Druck auf die polnische Regierung beständig wuchs. Der Abschlussbericht des MAK wies schließlich den polnischen Piloten die alleinige Schuld zu. Besonders unterstrich die Kommission, dass im Blut des polnischen Luftwaffengenerals Andrzej Błasik, der sich während des Flugs zeitweilig im Cockpit aufgehalten haben soll, 0,6 Promille Alkohol nachgewiesen werden konnten. Es war diese Feststellung, die von den internationalen Medien vielfach unkritisch übernommen wurde. Der Eindruck entstand, ein alkoholisierter polnischer General sei verantwortlich an der Tragödie. Polen war in der öffentlichen Wahrnehmung lächerlich gemacht worden. Nach möglichen russischen Versäumnissen fragte nun niemand mehr, war der Schuldige doch dieserart bereits ausgemacht worden. Folglich erfuhr der russische Abschlussbericht eine deutliche Ablehnung seitens der

polnischen Regierung. In unverblümter Wortwahl bezeichnete Ministerpräsident Tusk diesen als inakzeptabel. Das Ergebnis eines eigenständigen polnischen Untersuchungsberichts verzögert sich.

Für neuerliche Empörung sorgte die Entfernung einer von polnischen Hinterbliebenen an der Absturzstelle angebrachten Gedenktafel. Die gleichermaßen an das Unglück wie auch an den Zweck der Reise erinnernde Tafel wurde in einer Nacht-und-Nebel-Aktion am Vortag des Jahrestages entfernt und durch eine russische, den Reisezweck, nämlich das an polnischen Offizieren verübte Massaker, verschweigende neue Tafel ersetzt. Eine vorherige Absprache mit der polnischen Seite hatte dabei nicht stattgefunden. Als Zeichen seines Protests verweigerte sich der polnische Präsident anlässlich der Gedenkfeierlichkeiten vor der neuen Tafel der Absturzopfer zu gedenken und wählte stattdessen eine andere Stelle. Die Teilnahme seines russischen Amtskollegen Medwedew vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, dass sich die Beziehungen zwischen Russland und Polen wieder auf einem niedrigen Niveau eingependelt haben. Freundliche Gesten im Lichte der Medienscheinwerfer und folgenlose Ankündigungen sind zu wenig für einen ehrlichen Neubeginn.

Für einen Neubeginn dringend vonnöten ist also Ehrlichkeit. Es bedarf einer ehrlichen Beantwortung der Fragen nach den Unglücksursachen. Hierzu zählen auch mögliche russische Versäumnisse, wie fehlerhaftes Verhalten der Fluglotsen oder der marode Zustand des Flughafens. Nur eine ehrliche Klärung der offenen Fragen wird dazu beitragen können, dass sich das bilaterale Verhältnis zwischen Polen und Russland dauerhaft verbessert und dass auch die polnische Politik sich Neuem wird zuwenden können. Wichtige Weichen gilt es zu stellen für die Zukunft des Landes. Der beständige Blick zurück kann hierbei nur wenig nützen. Die Beschäftigung mit der Geschichte ist – selbst in einem Land, wo Präsident, Premier und die Vorsitzenden der beiden Parlamentskammern ausgebildete Historiker sind – immer noch Aufgabe der Historiker.

- 1 Der polnische Präsident und seine Delegation waren auf dem Weg zu den Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 70. Jahrestags des durch den russischen NKWD verübten Massakers von Katyn.
- 2 Piłsudski ist – zumindest was einen Großteil seines politischen Lebens anbelangt – im politischen Spektrum links anzusiedeln, war er immerhin jahrelang Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei. Dmowski dagegen gilt es politisch rechts zu verorten.
- 3 Endecja bezeichnet das Lager Roman Dmowskis und seiner Partei Nationale Demokratie (poln.: Narodowa Demokracja).
- 4 http://wiadomosci.gazeta.pl/Wiadomosci/1,80708,9493866,Prof_Nalecz_Komorowski_jak_Pil_sudski_Na_lzenia.html.
- 5 Recht und Gerechtigkeit (poln.: Prawo i sprawiedliwość). Partei unter Vorsitz Jarosław Kaczyńskis.
- 6 Überprüfung von Personen des öffentlichen Lebens anhand geheimdienstlicher Archive auf eventuelle Zusammenarbeit mit kommunistischen Sicherheits- und Geheimdiensten.
- 7 http://wiadomosci.gazeta.pl/Wiadomosci/1,80708,8320897,Kwasniewski_Kaczynski_bije_sie_o_to_zeby_Polska.html.
- 8 Bürgerplattform (poln.: Platforma Obywatelska). Vorsitzender: Premierminister Donald Tusk.
- 9 Es handelt dabei sich um den damaligen Bürgermeisterkandidaten in Łódź und ehemaligen stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberater sowie früheren Vizeaußenminister Witold Waszczykowski;
http://www.dziennik.pl/grafika/305949,19093,waszczykowski_nie_zabijajcie_nas.html.
- 10 <http://www.izvestia.ru/pobeda/article3141617/>.
- 11 <http://www.tvn24.pl/12691,1683968,0,1,rosyjska-duma-potepila-katyn-342-razy,wiadomosc.html>.
- 12 Organisation für Luftfahrtsfragen. Mitglieder: Russland und die GUS-Staaten. Polen hatte in diesem Fall einen Beobachterstatus inne.

Theaterszene Europa.

*Ein kroatisch-serbisch-deutsches Festival an der Studiobühne Köln**

Das diesjährige Programm der „Theaterszene Europa“ widmete sich nach Finnland im Jahre 2010 den Staaten Kroatien, Serbien und Deutschland. Die Schirmherrschaft von Boris Tadić, Ivo Josipović und Christian Wulff für das vom 11. bis 18. Juni 2011 in Köln stattgefundene Theaterfestival betont bereits die Bedeutung dieser Kooperation. Ein Schwerpunkt der Stücke war die Problematik von Migration und Identität. Es wurde aber deutlich, dass es sich hierbei jedoch nicht nur um ein Problem Südosteuropas, sondern des ganzen Kontinents handelt. Migrationsbewegungen betrafen neben dem ehemaligen Jugoslawien auch Deutschland, wo heute etwa 20% der Einwohner einen Migrationshintergrund aufweisen.

Verbinden die meisten Menschen mit einem Theaterbesuch das „Berieseln lassen“, so war es hier anders. Das Publikum wurde aktiv aufgefordert mitzuwirken. „Auf den Spuren von... – Eine Reise durch die europäische Migrationsgeschichte“ der *Fräulein Wunder AG* beispielsweise lud die Zuschauer ein, an einzelnen Migrationsschicksalen Teil zu haben. Man entführte uns nach Bessarabien, Böhmen und Mähren, Südamerika, Frankreich, Schlesien oder nach Südosteuropa. Die spannende Erzählweise und die Verknüpfung von unterschiedlichsten Migrationsgeschichten gipfelte schließlich in einem großen Familienfest, auf dem man seine weitverzweigte Verwandtschaft kennen lernen und die Erfahrungen des Ortswechsels austauschen konnte. Was stellt in Anbetracht der Mobilität überhaupt Heimat dar, wo man doch überall Familie und Familienspuren hat? Der Zusammenhalt oder die Einhaltung von Traditionen und Bräuchen stellt eine Verbindung über viele Tausende Kilometer her. Am Ende der Aufführung durfte so auch nicht eine Wiederholung des traditionellen Tanzes fehlen – man ging allein ins Theater und kam mit Bekannten heraus....

* Eine Besprechung von Marko Dubak, Köln.

Ebenfalls beteiligt wurde das Publikum in der Aufführung „Alles ich“ von *theatrale subversion & Katze und Krieg*. Man nehme 30 sich wenig oder gar nicht bekannte Menschen und gebe ihnen die Aufgabe, aus bereit gestellten Dingen ein Festmahl herzurichten. Im Mittelpunkt stand dabei stets die eigene Identität, wobei jeder Teilnehmer einen Geheimauftrag erhalten hatte: das Miteinander von schüchternem Bambi, asozialer Hyäne oder dreckigem Schwein sorgten hierbei für genügend Konfliktpotential. Am Ende der Aufführung sollten dann die eigenen Erfahrungen geschildert werden – was jedoch aufgrund einer technischen Panne verkürzt werden musste.

Die Stücke „Diva“, einer Produktion von *Trafik* aus Rijeka, und „Das hier ist nicht mein Wald“, einer Produktion von *KIK Melone* aus Zagreb, kamen hingegen ohne aktive Teilnahme des Publikums aus, was dem ganzen jedoch kein Abbruch tat. Ganz im Gegenteil. Die Aufführung „Diva“ nahm das Publikum mit auf die historische Entwicklung und Entstehung von Diven im US-amerikanischen Film und regte an, nachzudenken, was denn eine Diva eigentlich ausmacht. „Das ist nicht mein Wald“ zog die Zuschauer durch moderne Umsetzung und in der ersten Hälfte ohne jegliche verbale Kommunikation in den Bann. Erst in der zweiten Hälfte entwickelten sich Gespräche zwischen den Darstellern. Die Beschreibung des Stückes zeigt die Verbindung zum Schwerpunkt der Identität auf: „Wir vergessen, wo wir herkommen und wo wir hinwollen, wenn wir den Wald betreten.“

Die Zusammenarbeit und das gemeinsame Auftreten von Serben und Kroaten innerhalb der Reihe *Theaterszene Europa* darf an dieser Stelle als Zeichen der europäischen Idee auch in Südosteuropa verstanden werden: Kooperation statt Abgrenzung. Man hätte sich zwar eine größere Resonanz wünschen dürfen; leider ließ sich jedoch nur ein begrenztes Interesse an den Aufführungen erkennen. Dass der Balkan auch kulturell etwas zu bieten hat, wurde dennoch durch die angereisten Theatergruppen auf bestem Wege bestätigt.

„Freiheit, Freiheit – wurde wieder abbestellt“

Es ist doch immer wieder erstaunlich, dass einige Lieder, trotz zeitlicher Distanz, weder an Aussagekraft noch an Aktualität verlieren. Zum Thema „20 Jahre nach dem Kommunismus“, der Untertitel des hier rezensierten Buches, erscheint der Westernhagen-Klassiker „Freiheit“ nahezu programmatisch und veranschaulicht eines – wie ich finde – der drängendsten, bis heute virulenten Probleme der post-sozialistischen Staaten.

Der 2010 erschienene Sammelband der Stiftung Ettersberg zur vergleichenden Erforschung europäischer Diktaturen und ihrer Überwindung „Die Folgen der Revolution. 20 Jahre nach dem Kommunismus“ wagt mit zwölf Beiträgen internationaler Experten eine erste größere Zwischenbilanz. Im Zentrum eines jeden Aufsatzes stehen einerseits die gesellschaftspolitischen, andererseits die ökonomischen Umbrüche, die seit den Revolutionsjahren 1989/90 zu verzeichnen sind. Es geht ihnen, wie Hans-Joachim Veen in seinem Einführungstext deutlich hervorhebt, um einen klaren Perspektivenwechsel. Um die Frage, „ob, wie und in welchem Umfang es gelungen ist, die europäischen Diktaturen nicht nur zu stürzen, sondern sie auch in ihren vielfältigen Folgen zu überwinden“ (S. 9). Neben allgemeinen Darstellungen zu den Verhältnissen in Ost- und Ostmitteleuropa werden insbesondere die Entwicklungen in der ehemaligen DDR, Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechien und Russland näher analysiert.

Der erste Beitrag gehört zu den länderübergreifenden Darstellungen. *Von der „Charta von Paris“ (1990) bis zur Gegenwart. 20 Jahre Umgestaltung in Ostmitteleuropa und Osteuropa* sind das Thema von Hans-Peter Schwarz, der der Frage nachgeht, ob die am 21.11.1990 verabschiedete „Charta von Paris für ein neues Europa“ – in der sich die 22 Unterzeichner auf die wesentlichen Punkte einer demokratischen Verfassung, wie der Einhaltung der Menschenrechte, freie und gerechte Wahlen, Religionsfreiheit, der Freiheit vor willkürlicher Haft und Folter

* Eine Besprechung von Nadja Matusche, Köln.

oder dem Recht auf freie Meinungsäußerung festgelegt haben – erfüllt wurde. Der Bogen zur Gegenwart wird durch das Hinterfragen anfänglich geäußerter Erwartungen, Hoffnungen und Befürchtungen gespannt. Für Schwarz ist das Scheitern der „Geschichtspessimisten“ zentral, da das von ihnen prognostizierte Auftreten der „vier apokalyptischen Reiter in das ost- und ostmitteleuropäische Machtvakuum [...]: Diktatur, Krieg, Bürgerkrieg und Wirtschaftschaos“ (S. 24) ausblieb bzw. nicht im befürchteten Ausmaße eintrat. Ermöglicht wurde dies, so Schwarz' These, durch die Übernahme erprobter westlicher Modelle sowohl in politischer als auch wirtschaftlicher Hinsicht, die lediglich den länderspezifischen Gegebenheiten angepasst wurden. (S. 15) Hierbei wird der EU eine wesentliche Schlüsselrolle zugeschrieben. Weiterhin wird auf eine sehr aufschlussreiche Verknüpfung zu religiösen Prägungen aufmerksam gemacht. Während den römisch-katholischen Regionen eine historische Westbindung nachgewiesen werden kann, werden diesen die orthodox geprägten Länder mit ihrer anti-westlichen und nationalistischen Haltung gegenübergestellt. Der Grundtenor des Artikels ist mir in seiner Bewertung fast zu positiv, da die Verletzungen der demokratischen Grundsätze allen vor Augen stehen. Wenigstens am Ende weist Schwarz endlich auch auf Konflikte und Misserfolge hin, wobei vor allem Russland mit seinen rückschrittlichen Tendenzen kritisiert wird.

Die neuen Länder und das wiedervereinigte Deutschland von Eckhard Jesse sind der Auftakt der exemplarischen Beiträge zu den post-sozialistischen Staaten. Jesse nimmt „vier Ebenen der demokratischen Konsolidierung“ unter die Lupe, um an Hand der „Funktionsweise der politischen Parteien“ in den neuen Bundesländern Rückschlüsse auf die „Entwicklung der politischen Kultur“ in diesen Regionen ziehen zu können. (S. 32) Er konstatiert ein klares Ost-West-Gefälle, welches er als Folge der sozialisations- und situationsbedingten Unterschiede ausmacht. Zu den von Jesse herausgearbeiteten Spezifika für das Gebiet der ehemaligen DDR zählen u.a. eine geringere Parteidisziplin sowie eine niedrige Mitgliederzahl in den Parteien selbst. Deutlich wird hierbei, dass die Übertragung des Parteiensystems der alten Bundesländer wenig Erfolg zeigte. Die bis heute bestehende Diskrepanz zwischen „alten“ und „neuen“ Bundesländern findet sich auch in der politischen Kultur. Beispielsweise lässt sich eine regionale Werteverchiebung feststellen – so steht in

den „östlichen“ Regionen Gleichheit über Freiheit und Sekundärtugenden wie Ordnung und Fleiß werden mehr geschätzt. Der fühlbare Pessimismus als Resultat zu hoher Erwartungen wird dann problematisch, wenn es mit zeitlichem Abstand zu einer „sukzessive Aufwertung der DDR“ in Form der Verklärung – Ostalgie – kommt. Trotz bestehender Unterschiede sind nach Meinung des Autors die neuen Bundesländer überwiegend demokratisch konsolidiert. Ein klares Indiz dafür sei der „entspannte Patriotismus“, während in anderen ost- und ostmitteleuropäischen Staaten eher nationalistische Strömungen Konjunktur haben. *Thesen zur ökonomischen Transformation in den neuen Ländern und ihren Folgen für das vereinte Deutschland* werden von Rüdiger Pohl aufgezeigt. Er stellt direkt zu Beginn fest, dass „nach zwanzig Jahren des Aufbaus [...] viele Unternehmen gefestigt und auf solidem Fundament“ stehen. (S. 121) Nach dem erforderlichen und geglückten „Aufbau Ost“ hat dessen Wirksamkeit jedoch nach Meinung des Autors mittlerweile abgenommen. Demzufolge plädiert Pohl für eine gesamtdeutsche Perspektive, da „sich die Wirtschaften in Ost und West inzwischen im Gleichschritt bewegen“ (S. 125). Die ökonomische Transformation ist demzufolge gelungen, wenngleich Kollateralschäden nicht zu leugnen sind, beispielsweise im Hinblick auf die Angleichung der Wirtschaftsleistung.

Die Transformation in Polen wird ebenfalls von zwei Wissenschaftlern beleuchtet. Krzysztof Ruchniewicz geht insbesondere auf Identitätsprobleme in *Polen zwanzig Jahre nach dem Wendejahr 1989* ein. In Orientierung an den polnischen Soziologen Piotr Sztomka ist er der Ansicht, dass der polnische Staat vier Herausforderungen hin zu einem demokratischen Rechtsstaat – Systemtransformation, Modernisierung, Globalisierung und europäische Integration – zeitgleich bewältigen musste und dies mit Erfolg bewerkstelligen konnte. Die wirtschaftliche Vorreiterrolle im post-sozialistischen Raum betont Witold Małachowski. *Zwanzig Jahre ökonomische Transformation in Polen* sei besonders durch das unbedingte Interesse Polens an einer Aufnahme in die Europäische Union motiviert gewesen. Trotz der bestehenden großen „Unterschiede innerhalb des Landes“ (S. 134), sieht Małachowski eine dynamisch Wirtschaft. Hier findet meiner Meinung nach ein pauschales und oberflächliches Urteil statt, da weder auf Fehlkalkulationen, steigende Arbeitslosenquoten oder Korruption eingegangen wird.

Die Lage in Ungarn kennzeichnet Mária Schmidt *Zwischen Hoffnung und Enttäuschung. Zwanzig Jahre Demokratie in Ungarn* sind laut den kritischen Tönen der Autorin geprägt von Glaubwürdigkeitsdefiziten, Korruption und der Verquickung wirtschaftlicher Privat- mit Staatsinteressen. Begünstigt wird diese Situation durch das Weiterbestehen der provisorischen Verfassung. Konsequenterweise ruft sie zur Etablierung einer Realpolitik auf, um die Visionen von 1989/90 endlich durchzusetzen. *Der stürmische Weg zum Markt: Allgemeine Trends und ungarische Besonderheiten* von László Csaba zeigt, dass in erster Linie ausländische Direktinvestitionen Ungarn zur wirtschaftlichen Transformation verhalfen. (S. 166) Dies hatte auf der einen Seite zwar eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage und den Rückgang inflationärer Tendenzen zur Folge, andererseits wurden durch diesen vermeintlichen Erfolg über gesellschaftliche Probleme hinweggesehen. Auch Csaba kritisiert mangelnde Transparenz, die durch eine „klägliche Qualität der wirtschaftspolitischen Berichtserstattung“ (S.171) in der Boulevardpresse begünstigt wird. Endlich keine „Schönmalerei“ mehr.

Tschechien zwanzig Jahre nach der Samtenen Revolution lautet der Beitrag Jan Sokols. Er spannt den Bogen von den Demokratisierungsbewegungen der 1960er Jahre bis 1989. Für die Zeit nach der Revolution betont er die Probleme, die im Zuge der Wirtschaftsliberalisierung entstanden sind. Zentral hierbei sind die Auswirkungen für die slowakischen Regionen infolge des Abbaus der Rüstungsindustrie. Eine Folge davon war die 1993 erfolgte Teilung der Tschechoslowakei in Tschechien und die Slowakei. Trotz Korruptionsvorwürfen fällt die Bewertung der wirtschaftlichen Transformation weitgehend positiv aus. Kritischere Töne des Autors schwingen auf politischer Ebene mit, da besonders die Parteienlandschaft von „Klientelismus“ und der Einflussnahme der großen Parteien geprägt ist. Dieses Phänomen findet sich auch in den Medien wieder.

Rumänien, als fünfte Region, ist wiederum durch zwei Autoren vertreten. Andrei Margas *Rumänien zwanzig Jahre nach den demokratischen Umbrüchen von 1989* bestimmt die Aussage: „Die Lage in Rumänien ist und bleibt ambivalent.“ (S. 88). Während die Lösung der Frage nationaler und religiöser Minderheiten positiv bewertet wird, offenbaren sich etliche andere gesellschaftliche Krisenerscheinungen.

Eine unzureichende Infrastruktur sowie die mangelhafte Übernahme politischer Verantwortung als „Zeichen der Unfähigkeit der politischen Elite“ (S. 87) sind nur zwei der angesprochenen Defizite. Daraus ergibt sich eine instabile Gesetzgebung, die durch die Personalisierung von Macht zur Überschreitung demokratischer Regeln führt. Das Ausbleiben intellektuell geprägter Debatten sowie die politische Apathie der Bürger begünstigen die angezeigten Missstände. Marga appelliert ganz klar für die Etablierung „eine[r] umfassende[n] Reform von Wirtschaft und Verwaltung [...], um neue Energien freizusetzen und voranzukommen“ (S. 87). Nur auf diese Weise können Korruption, Informationsdefizite, Interessenverflechtung der privaten Wirtschaft und Verwaltung sowie der Medien überwunden werden. *Die ökonomische Transformation in Rumänien zwanzig Jahre nach dem Systemwechsel von 1989* veranschaulicht Stefan Sorin Mureşan an Hand von zehn Thesen, die die aktuelle wirtschaftliche Lage beschreiben. Neben der Integration in „die bedeutendsten internationalen Organisationen“ (S.145), konstatiert er auf der anderen Seite u.a. die enorme Staatsverschuldung sowie soziale Spannungen. Ähnlich wie in anderen postsozialistischen Staaten ist im Zuge der wirtschaftlichen Transformationen „Selbstbedienungspolitik“, insbesondere von Angehörigen der alten Nomenklatura keine Seltenheit. Erschwerend kommt der Mangel an einem geeigneten Wirtschaftsmodell hinzu, so dass „Privatisierung und Reprivatisierung [...] zu den wichtigsten wirtschaftlichen Vorgängen in Rumänien in den letzten zwanzig Jahren“ gehören. (S. 149)

Russlands versperrter Weg aus dem Zurück. Eine anteilnehmende Beobachtung von Gerhard Mangott bildet die letzte in diesem Buch betrachtete Region. Die russische Politik ist seit El'zin von einer hohen Elitenkontinuität sowie der Verschmelzung von politischen und ökonomischen Akteuren geprägt. Die anfänglichen Reformbestrebungen mussten einer „autoritären Verhärtung“ und „personalisierten Herrschaft“ weichen, die diese unterwanderten und aushöhlten. Die gesellschaftspolitischen Folgen liegen auf der Hand; es sei nur auf die regimetreue, weil abhängigen Medien, die regimetreue Rechtsprechung sowie die Beschneidung bürgerlicher Freiheiten verwiesen. In ökonomischer Hinsicht betont Mangott die „soziale Verelendung als Ergebnis der wirtschaftlichen Stagnation“ (S. 104). Dieser Artikel bietet leider keine neuen, geschweige denn tiefer

gehende Erkenntnisse. Eine thematische Engführung wäre wünschenswert gewesen, da Russland zu viel an Untersuchungsgegenständen bietet und die demokratischen Visionen der „Friedlichen Revolutionen“ von 1989/90 wie Fragen der Grund- und Menschenrechte dort völlig brach liegen.

Der Sammelband „Die Folgen der Revolution“ liefert einen guten Einblick in zwanzig Jahre Demokratiebewegung in Ost- und Ostmitteleuropa. Gelungen ist weiterhin die Zweiteilung in gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Aspekte innerhalb der regionalen Betrachtungen. Die einzelnen Artikel – jeweils von aus den jeweiligen Regionen stammenden Wissenschaftlern verfasst, mit Ausnahme Gerhard Mangotts – weisen zum Einen starke qualitative Unterschiede hinsichtlich ihrer inhaltlichen Aussagekraft auf, zum Anderen verdeutlichen sie teilweise die Sicht der Länder. Die anfangs nahezu ausschließlich positiven Akzentuierungen lassen kritische Töne vermissen und Zweifel aufkommen. Es erweckt manchmal den Eindruck, als sei die Sicht von Patriotismus getrübt, sodass sich das Bild von klaren Gewinnern (ehemalige DDR, Polen und Tschechien) und Verlierern (Ungarn, Rumänien und Russland) aufdrängt. Fühlen sich die Autoren den Hoffnungen der Beteiligten an den friedlichen Revolutionen 1989/90 verpflichtet, getragen von dem Motto: es hätte ja viel schlimmer kommen können? Sicher sollten positive Errungenschaften hervorgehoben werden, gerade wenn man die ungünstigen Ausgangsbedingungen nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ betrachtet. Dennoch dürfen Defizite und verpasste Chancen nicht unerwähnt bleiben. Dies wird besonders deutlich hinsichtlich der Grundsätze der „Charta von Paris für ein neues Europa“, die von vielen Unterzeichnern bis heute nur unzureichend umgesetzt worden sind. Die Verletzungen auf dem Gebiet der Grund- und Menschenrechte sind massiv, die Beeinträchtigung der Pressefreiheit und das daraus folgende Informationsdefizit allgegenwärtig, werden aber dennoch nur unzureichend angesprochen, geschweige denn werden Prostitution und Menschenhandel angemahnt, um nur einige zu nennen. Weiterhin überzeugt es mich nicht, dass das westeuropäische Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in allen postkommunistischen Staaten angekommen sei, obwohl dies eine angeblich grundlegende Bedingung für den Beitritt der betrachteten Staaten zur Europäischen Union war.

Bedauerlicherweise entfielen aus Zeitgründen die Bewertung der Folgen der Revolution für Weißrussland, die Ukraine, die baltischen Staaten sowie für den Balkan – so Hans-Joachim Veen in der Einführung. (S. 10) Ein weiterer Band, der sich diesen Regionen widmet, wäre wünschenswert, da gerade dort sehr viel Zündstoff liegt und die Entwicklungen weit weniger reibungslos verliefen.

Der Maßstab darf somit nicht sein, was hätte sein können, sondern was sein kann. Und darum in völliger Übereinstimmung mit Stéphane Hessel: „Mischt euch ein, empört euch! Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, die Intellektuellen, die ganze Gesellschaft dürfen sich nicht kleinmachen und kleinkriegen lassen von der internationalen Diktatur der Finanzmärkte, die es soweit gebracht hat, Frieden und Demokratie zu gefährden.“¹

Hans-Joachim Veen, Peter März und Franz Josef Schlichting (Hrsg.), Die Folgen der Revolution. 20 Jahre nach dem Kommunismus, 183 S., erschienen beim Böhlau Verlag, Köln, 2010, 19,90€.

1 Hessel, Stéphane, *Empört euch!*, Berlin, 2010, S.10.

Sammelrezension:

*„Rückkehr der Geschichte“ oder „Liberation by Microchip“**

Seitdem die Historiker den Objektivitätsanspruch fallen ließen, tat sich die Geschichtsphilosophie schwer. Sie schmolz dahin wie ein Gletscher im Sommer. Es sorgte daher für einiges Aufsehen, als der amerikanische Politologe Francis Fukuyama nach dem Ende der Sowjetunion mit der These aufwartete, die Geschichte sei wieder da. Damals, im Jahr 1992, stand „Rückkehr der Geschichte“ für den Sieg des Westens, heute aber für mühsames Durchwursteln, Unrecht und Krieg. So, wie es eigentlich immer war. Offenbar bedarf der biblische Traum vom Ende der Geschichte als Anfang vom Paradies einer neuerlichen Revolution, um wieder in Umlauf zu kommen. Ist das Internet dazu fähig?

In „Nonzero“, einem gewaltigen Panorama aus Kultur- und Naturgeschichte, knüpft Robert Wright an diese Hoffnung an. Langfristig stünden nur diejenigen Staaten in Blüte, so sein Argument, die persönliche Freiheit garantierten, um Freiheit der Information auch für wirtschaftliches Wachstum zu nutzen (S. 198). Bill Clinton und Joschka Fischer (2005) vertraten gleichfalls die Hoffnung, man müsse der Globalisierung nur ihren Lauf lassen – und alles werde gut. Wright bringt immer wieder die Parallele zum Buchdruck als Voraussetzung der Reformation, sagt aber auch, dass der Laptop als Technik viel billiger sei. Irgendwann, so die Konsequenz, bringt Lenovo das Imperium der chinesischen KP also zum Einsturz? Vermutlich sind die Tibeter, Uiguren und Mongolen aber peripher auch daran beteiligt. Ihre Autonomiebewegung war bislang jedoch nicht erfolgreich, weil China – anders als Ägypten – das Internet zensiert.

Dass die Geschichte ein Ziel, ja ein Ende habe, diese Idee ist sehr alt. Hegel sah Weltgeschichte als „Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit“. Diese Freiheit werde vom sozialen Leben daher nicht begrenzt, sondern ermöglicht. Da der Rechtsstaat universelle Geltung impliziere, sei er das Ziel der Geschichte. Staat, das war für Hegel

* Eine Besprechung von Christoph Schmidt, Köln.

die Verwirklichung der rationalen Notwendigkeit, einfacher gesagt der Idee. Staat gründe daher auf Vernunft, nicht auf Tradition. „Der Mensch gilt so, weil er Mensch ist, nicht weil er Jude, Katholik, Protestant, Deutscher, Italiener usf. ist“ (de Berg S. 42). Dieser Position hängt auch Fukuyama an, nicht aber Marx, dessen Epigonen 1991 ja vorerst in Rente gingen. Es wäre daher interessant zu erfahren, ob Marx&Microchip harmonieren wie die Wurstfinger.

Marx hielt Hegel vor, er übersehe, dass die rechtsstaatlichen Elemente der modernen Gesellschaft bloße Fassade seien. In Wirklichkeit sei der angebliche Rechtsstaat „eine Welt atomistischer, feindlich sich gegenüberstehender Individuen“ (ebd. S. 44). Marx' Freiheitsbild ist radikaler als das von Hegel und Fukuyama, indem es ein harmonisches Zusammenleben der Menschen annimmt, ohne Egoismus und Konkurrenz. Hegel und Fukuyama lassen zwischenmenschliche Konflikte durchaus zu. Zugespitzt formuliert, sie wollen kein Paradies, sondern die Advocard (oder Chancengleichheit für alle).

Wirtschaftliche Belange klammert Hegel keinesfalls aus. Unumwunden räumt er ein, Armut führe nicht nur zum Verlust des Selbstbewusstseins, sondern auch zum Verlust des Glaubens an den Rechtsstaat (ebd. S. 66). Auch hier pflichtet Fukuyama bei, der sich bei Lichte besehen daher als aufrechter Hegelianer entpuppt. Wie Freiheit und Gleichheit jedoch miteinander zu versöhnen seien, vermag keiner der beiden zu sagen.

Dem gebürtigen Moskauer Alexander Kojève, einem Neffen Kandinskys, blieb es somit vorbehalten, Hegels Andeutung einer Endbarkeit der Geschichte zu entwickeln. Seit 1920 im Exil lebend, hatte Kojève 1926 bei Karl Jaspers über den russischen Philosophen Vladimir Solov'ev promoviert. 1947 veröffentlichte er seine „Introduction à la lecture de Hegel“, ein nicht ganz unwichtiger Beitrag für die Hegel-Rezeption in Frankreich. In mancher Hinsicht versuchte Kojève zwischen Marx und Hegel zu vermitteln. Der Dialektik blieb er treu, lud sie jedoch sozialkritisch auf. Der menschliche Befreiungskampf vollziehe sich in in drei Epochen, wobei zunächst die Herren das Sagen hätten (vorchristlich) und dann die Knechte (bis 1789) – aus historischer Sicht schon sehr merkwürdig. Die dritte Epoche schließlich hebe

beiderlei Herrschaft auf.

Sehr witzig ist die Auffassung von Kojève, das Rad der Geschichte müsse erst ausgerollt sein, bevor man sie verstehen könne. Kam er selbst nicht zu früh? Hier landet de Berg im Erklärungsnotstand, wenn es darum geht, Kojèves angebliche oder tatsächliche Sympathie ausgerechnet für Stalin zu begründen. Der Verf. versucht, sich aus der Bredouille zu ziehen, indem er behauptet, auch das Böse sei gut, wenn es die Welt nur weiter bringe (S. 154). Genau das sind aber die Thesen, die der Geschichtsphilosophie jeglichen Kredit gekostet haben. Obschon manchmal sehr weitschweifig, bleibt de Berg oftmals doch „unterkomplex“. Klassiker der Hegel-Literatur wie Charles Taylor fallen ebenso unter den Katzentisch der Weltgeschichte wie das legendäre Treffen vom Weltgeist zu Pferd alias Napoleon mit Goethe zu Erfurt 1808, das die Versöhnung von Geist und Macht sehr schön symbolisiert (eigentlich ja nur eine Audienz!). Auch die große These vom Ende nicht nur der Geschichte, sondern auch der Kunst (nach 1789) interessiert den Verf. nicht.

Wer in der neueren Hegel-Literatur nur etwas tiefer schürft, dem gerät die These vom Ende der Geschichte ohnehin ins Wanken. Mit geringem Aufwand, aber sehr deutlich geht Dietmar Hübner jetzt auf diese Frage ein und stellt fest, seine eigene Zeit habe Hegel als Epoche des Übergangs wahrgenommen. Deren „vollkommene Wirklichkeit“ stehe noch aus, deute sich aber an. „Wirklichkeit“, das war für Hegel die bewegende Kraft des vernünftigen Geistes, der Gegenbegriff zu „Erscheinung“ als Ausdruck individueller Interessen, ja Eigennutz bar sittlicher Grundlage. Hier Weltgeist, dort Weltlauf, hier Tugend, dort „die pomphaften Reden vom Besten der Menschheit und der Unterdrückung derselben“ (S. 169).

Alles in allem lässt sich sagen: „Liberation by Microchip“ funktioniert als Scan wunderbar, bleibt jedoch spekulativ. So harmoniesüchtig und naiv war Hegel nun doch nicht. Immerhin wissen wir jetzt, Hegels Weltgeist, ob subjektiv, objektiv oder absolut, kommt heute absolut günstig daher. Die Börse meldet, Infineon fällt und SAP auch!

Literatur

- H. de Berg, *Das Ende der Geschichte und der bürgerliche Rechtsstaat. Hegel, Kojève, Fukuyama*, Tübingen, 2007.
- J.E. Cronin, *The World the Cold War made. Order, Chaos and the Return of History*, London, 1996.
- M. Ferro, *Le retournement de l'histoire*, Paris, 2010 (Aufsatzsammlung).
- J. Fischer, *Die Rückkehr der Geschichte. Die Welt nach dem 11. September 2001 und die Erneuerung des Westens*, Köln, 2005 (wirr).
- D. Hübner, *Die Geschichtsphilosophie des deutschen Idealismus. Kant, Fichte, Schelling, Hegel*, Stuttgart, 2011.
- R. Kagan, *The Return of History and the End of Dreams*, London, 2009 (fast schon veraltet).
- R. Wright, *Nonzero. History, Evolution and Human Cooperation*, New York, 2000.